

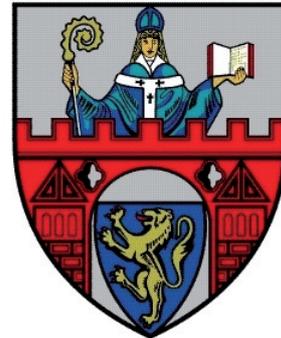
Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



UNIVERSITÄT
SIEGEN



Situations- und Ressourcenanalyse im Rahmen des Lokalen Aktionsplans für das Bundesprogramm «Toleranz fördern – Kompetenz stärken»

IM AUFTRAG DER STADT SIEGEN

erstellt von

PD Dr. phil. Oliver Decker

Vertretungsprofessor für Sozialpsychologie und

Organisationspsychologie

Universität Siegen

Fakultät II/Department Pädagogik und Psychologie

unter Mitarbeit von

Patrick Pahner, cand. phil.

Annina Weiß, cand. phil.

30. November 2011

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Rechtsextremismus	4
1.1 Begriffklärung Rechtsextremismus	4
1.2 Rechtsextreme Einstellung	7
1.3 Rechtsextrem motivierte Straftaten und Gewalttaten im Bund	11
1.4 Frei und National: Konstanten und Veränderungen in der Organisation	13
1.5 Ausgrenzung, Stigmatisierung und Ungleichwertigkeitsdiskurse	15
2. Die Situation in der Stadt Siegen	17
2.1 Methodischer Ansatz (Quellen, Methode, Erhebung)	17
2.2 Ergebnisse	18
2.2.1 Rechtsextreme Organisationsformen: Die Freien Nationalisten Siegerland	22
2.2.2 Diskriminierung und Verschärfung des Diskurses der Ungleichwertigkeit und Entsolidarisierung	25
2.2.3 Rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten	26
2.2.4 Rechtsextreme Einstellung	28
3. Ressourcenanalyse	35
3.1 Auswahl bestehender Strukturen	35
3.2 Wahrnehmung der Ressourcen	37
4. Abschluss und Handlungsempfehlungen	40
Literatur	46
Anhang	

Einleitung

Die Bundesprogramme «VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie» und «kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus» aus den Jahren 2007 bis 2010 wurden aufgelegt, um zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken und damit demokratisch-ziviles Engagement zu befördern. Die Initiatoren Bund, Länder und Städte/Gemeinden haben dabei die Handlungsstrategien gemeinsam erarbeitet. Nach erklärtem politischem Willen soll an diese Förderprogramme ab 2011 mit dem Bundesprogramm «Toleranz fördern – Kompetenz stärken» angeschlossen werden. Vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sind für dieses Bundesprogramm drei Programmbereiche benannt worden:

- Die Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) mit den Bausteinen
 1. Entwicklung, Implementierung und Umsetzung Lokaler Aktionspläne
 2. Sicherung der Nachhaltigkeit der bestehenden Lokalen Aktionspläne
- Die Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen (Modellprojekt: Jugend, Bildung und Prävention)
- Die Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse dient als Grundlage der Entwicklung eines Lokalen Aktionsplans für die Stadt Siegen und ist damit Bestandteil des ersten Programmbereichs des Bundesprogramm «Toleranz fördern – Demokratie stärken».

Die Problemlage zum Rechtsextremismus in der Stadt Siegen wird auf Grundlage von Strukturdaten (Erscheinungs- und Organisationsformen des Rechtsextremismus, Wahlergebnisse, Zusammensetzung lokaler Parlamente, rechtsextrem motivierte Gewalt- und Straftaten) analysiert. Zusätzlich wurde für diese Situations- und Ressourcenanalyse eine Untersuchung in der Stadt Siegen durchgeführt, deren Ergebnisse als Basis für den Bericht über vorhandene Netzwerke und zivilgesellschaftliche Initiativen dienen.

Zur Einordnung der Befunde zum Rechtsextremismus in der Stadt Siegen werden eingangs relevante Aspekte des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt.

1. Rechtsextremismus

Der Verfassungsschutzbericht des Bundes wies lange Zeit eine stetig zunehmende Anzahl politisch motivierter Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund aus. Auch der gegenwärtig leicht rückläufige Trend kann nicht über die Häufigkeit dieser Straftaten hinwegtäuschen. Die hohen, aber dennoch abstrakten Zahlen im Verfassungsschutzbericht werden jedem Bürger und jeder Bürgerin durch die konkreten Berichte etwa zu fremdenfeindlicher Gewalt erfahrbar. Aber auch sogenannte «Angsträume», Stadteile, in denen eine rechte Szene die Bewegungsfreiheit von «Fremden» bestimmt, betreffen lange schon nicht mehr nur Migrantinnen und Migranten. Neben diesen rechtsextremen *Handlungen* zeigt sich in Deutschland eine weite Verbreitung rechtsextremer *Einstellungen*. Besonders Ausländerfeindlichkeit hat eine hohe Akzeptanz und bietet Rechtsextremisten einen Anknüpfungspunkt für ihre Propaganda (vgl. Kapitel 1.2).

1.1 Begriffklärung Rechtsextremismus

Nicht nur mit diesem Hinweis auf die Ausländerfeindlichkeit als Bestandteil des Rechtsextremismus wird eine Klärung zur Verwendung des Begriffs in dieser Analyse notwendig. Der Begriff findet zwar im Alltag breite Verwendung, ist jedoch hinsichtlich dessen, was er bezeichnet, nicht selbstverständlich.

Der Begriff «Rechtsextremismus» findet sich seit 1974 in den Berichten des Verfassungsschutzes als Bezeichnung für verfassungsfeindliche Bestrebungen von «rechts», die wiederum als «nationalistische und rassistische Anschauungen» definiert werden: «Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz.»¹ Bis dahin hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz den Begriff «Rechtsradikalismus» verwendet (Stöss 1989, 37; Jaschke 2001, 24). Mit dem Austausch der Begriffe wurde eine «radikale» Haltung gewissermaßen rehabilitiert: «Politische Radikalität» – im Sinne von: politische Probleme bis zu den «Wurzeln» zu diskutieren – wurde nicht mehr als verfassungsfeindlich eingestuft. Wichtig ist allerdings, dass der Begriff «Rechtsextremismus» damit nicht aus der Wissenschaft, sondern aus der verfassungsrechtlichen Praxis kommt; er ist geprägt durch die Staatsrechtslehre, das Grundgesetz sowie einschlägige Gerichtsurteile, etwa die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in

¹ Vgl. http://verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/ (27.10.2011)

den 1950er-Jahren. In dieser Tradition basiert die Vorstellung von «Rechtsextremismus» auf dem politischen Konzept der «wehrhaften Demokratie», auf der Abwehr von Bedrohungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Aus dieser politischen Praxis fand der Rechtsextremismusbegriff seinen Weg in die Sozialwissenschaften – und blieb dort ungeachtet seiner verbreiteten Verwendung umstritten. Insbesondere ein Aspekt wird dabei als besonders problematisch diskutiert. Der Begriff birgt eine Sprachproblematik: «<Extremismus> verweist sprachlogisch auf einen Gegenbegriff, also etwa auf <Normalität>, so wie <Rand> nur in Relation zu einer <Mitte> sinnvoll verwendet werden kann» (Klärner & Kohlstruck 2006, 16). Diese Konstruktion hat nicht nur zur Folge, dass eine Mitte und ihr monopolisiertes Demokratieverständnis (Kopke & Rensmann 2000, 1451) idealisierbar wird, weitaus problematischer ist für eine Situationsanalyse, dass immer eine normative Kraft des Faktischen droht, also auch antidemokratische Positionen im Sinne einer Normalisierung durch ihre Verbreitung bereits Legitimität erhalten. Ist die Mitte «als bundesdeutsche Konstante» (Link 1991, 19) immer das Gegenteil der Extreme, ist es schwierig, die antidemokratischen Entwicklungen zu benennen und ihnen vorzubeugen.

Der Rand bzw. die «Extreme» erscheinen gleichermaßen als Bedrohung der Demokratie, während die Mitte als Hort und Schutz derselben imaginiert wird. Indem «Extremismus» als allgemeiner Oberbegriff für Demokratiefeindlichkeit fungiert, wird suggeriert, dass die Demokratie ausschließlich von den Extremen bedroht wird – und niemals aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Die Gefahr besteht, dass das Phänomen «Rechtsextremismus» diskursiv «entsorgt» (Butterwegge 2010) und kontinuierlich zum Randphänomen erklärt wird. Weiterhin wird eine Trennung behauptet, wo keine ist, wenn sich nämlich «die Themen der Rechten mit den Themen der Mitte überschneiden» und «von *Rechtsextremismus* eigentlich gar nicht (mehr) die Rede sein» kann (Butterwegge 2002, 19).

Darüber hinaus erweist sich der Rechtsextremismusbegriffs auch in der politischen Praxis als problematisch. Mit politischer Praxis soll hier allgemein der öffentliche Diskurs über Rechtsextremismus, aber auch die konkrete Arbeit gegen rassistische Strukturen, Präventionsarbeit mit Jugendlichen usw. gemeint sein. Hier treten die mit dem Extremismuskonzept verbundenen Probleme des Begriffs wieder auf. Das verdeutlicht ein Beispiel aus der konkreten Jugendarbeit in Sachsen: Bei der Eröffnung eines Jugendclubs sollte angesichts der Probleme vor Ort (wie die enge Verknüpfung von neonazistischer Jugendszene und NPD, die dort etwa ¼ der Wählerstimmen erhalten hatte) in der Hausordnung festgehalten werden, dass rechts-extreme Erscheinungen in Form von Kleidung, Sprüchen, Musik nicht geduldet würden. In der anschließenden Diskussion plädierte ein NPD-Gemeinderat dafür, «rechtsextremistisch» durch «extremistisch» zu ersetzen, denn, so berichtet Schickert: «Dann hätte das <Tote-Hosen-

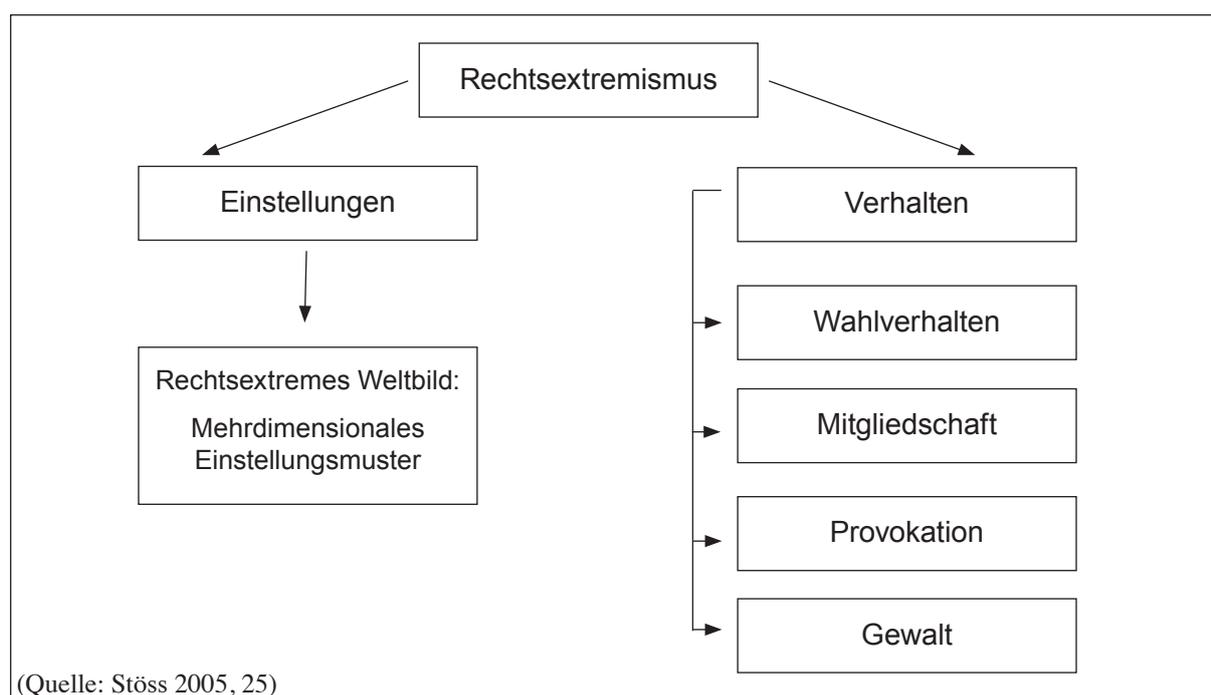
T-Shirt» [...] auch nichts im Club zu suchen, das wäre schließlich, ich zitiere, «das Gegenstück zu unserem Thor Steinar». Eine weitere Diskussion bzw. Stellungnahme demokratischer Vertreter/innen im Gemeinderat kam nicht zustande» (Schickert 2010, 20 f.).

Das Beispiel zeigt nicht nur, dass das problematische Extremismuskonzept eine breite Akzeptanz erfährt, sondern auch, dass die Gleichsetzung von «Linksextremismus» und «Rechtsextremismus» von rechter Seite instrumentalisiert wird. Diese Einsicht macht es notwendig, den Rechtsextremismusbegriff immer wieder neu zu konkretisieren (Klärner & Kohlstruck 2006, 13) und zu begründen. Dabei geht es nicht nur um das Verhältnis des politischen Randes zur gesellschaftlichen Mitte, sondern ganz eindeutig um die Zukunftsfähigkeit einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Dem gilt hier die Aufmerksamkeit.

Auch die «Mitte»-Studien zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland, welche im Zwei-Jahres-Rhythmus seit 2002 durchgeführt werden, arbeiten mit dem Begriff «Rechtsextremismus». Dabei orientieren sich die Autoren/Autorinnen konzeptionell zum einen am Ansatz des Politologen Seymour Martin Lipset, der «Extremismus» als Antithese zum Pluralismus auffasst und den Extremismusbegriff nicht an die Pole des Links-Rechts-Spektrums gebunden sieht (Lipset 1959), zum anderen an der Studie «The Authoritarian Personality» (dt.: «Die Autoritäre Persönlichkeit», 1950), die im Umfeld des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entstanden ist und den autoritären/faschistischen dem demokratischen Charakter gegenüberstellt (Adorno et al. 1950).

Abbildung 1.1.1:

Unterscheidung von rechtsextremer Einstellung und rechtsextremem Verhalten



In den «Mitte»-Studien und in dieser Situations- und Ressourcenanalyse wird zur Operationalisierung des Begriffs an die Rechtsextremismusdefinition von Wilhelm Heitmeyer angeschlossen, der zwischen rechtsextremer Handlung (insbesondere Gewalt) und Einstellung differenziert (vgl. Abb. 1.1.1, Heitmeyer 1987). Dieser «duale Rechtsextremismusbegriff» (Butterwegge 2002, 21) wird zu Recht kritisiert, solange Rechtsextremismus durch das *gleichzeitige* Vorliegen von Einstellungs- und Verhaltenskomponenten definiert wird. Der Nutzen einer dualen Definition liegt aber gerade in der Unterscheidbarkeit von Einstellung und Handlungen. In der vorliegenden Situationsanalyse wird auf beide Aspekte eingegangen.

So soll hier das Augenmerk nicht nur auf rechtsextrem organisierte Gruppen gerichtet werden, also nicht nur auf diese scheinbaren Randphänomene, die zumeist in der Kategorie «Verhalten» auffällig werden; sondern in dieser Analyse soll auch das Vorhandensein rechtsextremer Einstellungselemente (und gegebenenfalls entsprechender Handlungen) in der Mitte der Gesellschaft untersucht werden.

Damit kommen wir mit der empirischen Evidenz des Vorkommens von antidemokratischen Einstellungen gleichzeitig zur inhaltlichen Definition des Rechtsextremismus. Die rechtsextreme Einstellung wird für die Situationsanalyse in Anlehnung an vorangegangene Veröffentlichungen wie folgt definiert:

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. (zuletzt: Decker et al. 2010)

1.2 Rechtsextreme Einstellung

Es ist für die Situations- und Ressourcenanalyse zum Rechtsextremismus in der Stadt Siegen notwendig, zwischen den zwei hier genannten Erscheinungsebenen zu unterscheiden, zwischen Einstellungen und tatsächlich gezeigtem Verhalten (vgl. Abbildung 1.1.1). Wie oben dargestellt, ist diese Unterscheidung an die Definition des Rechtsextremismus in Handlung (insbesondere Gewalt, aber auch Propagandadelikte und Wahlverhalten) und Einstellung angelehnt. Dieser «duale Rechtsextremismusbegriff» ist für die Situationsanalyse von Nutzen, da nun die unterschiedlichen Erscheinungsebenen getrennt in den Blick genommen werden können.

Wird zwischen der rechtsextremen Einstellung und dem tatsächlich gezeigten Verhalten (Decker, Niedermayer & Brähler 2003; Decker & Brähler 2005; Decker, Brähler & Geissler

2006; Decker & Brähler 2008; Decker et al. 2010) unterschieden, so fällt die weite Verbreitung und starke Ausprägung rechtsextremer Einstellung in Deutschland ins Auge. Daher wird für diese Situationsanalyse nicht nur der Versuch unternommen, rechtsextrem motivierte Handlungen, sondern auch die Einstellung in der Bevölkerung zu erfassen. Hierfür wird – wie in der o. g. Definition vorgeschlagen – nach sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung unterschieden: Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Die Zustimmungswerte zu diesen Dimensionen sind hier einleitend und exemplarisch für die bevölkerungsrepräsentative Stichprobe aus dem Jahr 2006 wiedergegeben (vgl. Tabelle 1.2.1). Die Prozentangaben beziehen sich auf jene Befragten, die allen drei im Fragebogen vorgeschlagenen Statements einer Dimension durchschnittlich zugestimmt haben.

Tabelle 1.2.1: **Rechtsextreme Einstellung in Deutschland (2006, in Prozent)**

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,6	2

(Decker, Brähler & Geissler 2006)

Der in der Tabelle nicht vorgestellte Zeitvergleich von 2002 bis 2010 zeigt zudem, dass – unabhängig von Schwankungen in einzelnen Dimensionen – bei einem großen Anteil der deutschen Bevölkerung von einem verfestigten rechtsextremen Denken ausgegangen werden muss, welches von tagesaktuellen Einflüssen unabhängig ist. Dabei sind die rechtsextremen Einstellungsdimensionen unterschiedlich stark verbreitet. Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit seit Beginn der Untersuchungen ausländerfeindliche, chauvinistische und antisemitische Aussagen. Während 2006 nur etwa jede/r zwanzigste Deutsche eine Diktatur

befürwortete bzw. den Nationalsozialismus verherrlichte oder sozialdarwinistischen Aussagen zustimmte, fanden ausländerfeindliche Aussagen die Zustimmung von mehr als einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit fielen die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland am deutlichsten ins Auge: Im Osten stimmte fast jede/r dritte Befragte (30,6%) ausländerfeindlichen Aussagen zu, im Westen etwa jede/r Vierte (25,7%). Dagegen ist der klassische Antisemitismus in Westdeutschland stärker ausgeprägt, wenn auch etwas geringer: 2006 waren im Westen knapp 10% der Bevölkerung antisemitisch (Ost: 4,2%) und etwa 20% chauvinistisch eingestellt (Ost: 16,1%).

Die verschiedenen Ausprägungen in den alten und neuen Bundesländern legen jedoch nicht nahe, die rechtsextreme Einstellung allein im Osten zu verorten. Die kumulative Stichprobe von 2008, in der die Stichproben der Jahre 2002 bis 2008 zusammengeführt wurden, ermöglichte es, die Verbreitung rechtsextremer Einstellung in den bevölkerungsstarken Bundesländern zu beschreiben. Sie machte den hohen Sockel antidemokratischer Einstellung auch hier sichtbar. Im Mittel erzielten antisemitische und ausländerfeindliche Aussagen etwa in Bayern (Ausländerfeindlichkeit: 39,1%; Antisemitismus: 16,6%) oder Baden-Württemberg (Ausländerfeindlichkeit: 17,6%; Antisemitismus: 13,3%) von 2002 bis 2010 relativ hohe Werte. Die rechtsextreme Einstellung ist daher als ein gesamtdeutsches Phänomen zu behandeln (vgl. Decker & Brähler 2008).

Tabelle 1.2.2:

Rechtsextreme Einstellung in NRW, langjähriges Mittel (2002–2008, in Prozent)

	Gesamt	NRW
Befürwortung Diktatur	4,8	3,5
Chauvinismus	19,3	19,2
Ausländerfeindlichkeit	26,7	19,9
Antisemitismus	8,4	9,8
Sozialdarwinismus	4,5	5,6
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,5

(Decker & Brähler 2008)

Die rechtsextreme Einstellung in NRW weist gegenüber der bundesweiten Ausprägung einige Besonderheiten auf. So ist die Ausländerfeindlichkeit unterdurchschnittlich stark ausgeprägt, wenn auch jede/r fünfte Befragte in NRW diese Einstellung zeigt. Dagegen sind aber wird Antisemitismus und Sozialdarwinismus überdurchschnittlich stark vertreten.

Untersucht man genauer, welche Personengruppen rechtsextreme Einstellungen aufweisen, zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Faktoren «Bildung» und «Geschlecht»: Rechtsextremen Aussagen stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluss in der Regel seltener zu als Personen mit niedrigem Bildungsabschluss, und weniger Frauen als Männer. Auch der Erwerbsstatus hat einen Einfluss: Erwartungskonform wurde eine auf allen Skalen stärker rechtsextreme Einstellung bei Arbeitslosen festgestellt. Allerdings ist Rechtsextremismus auch kein reines «Arbeitslosen-Phänomen», wie die ebenfalls hohen Werte bei Erwerbstätigen oder Rentner/innen zeigen. Die Betrachtung verschiedener Altersgruppen führt vor Augen, dass die über 60-Jährigen durchgängig die höchsten Werte erreichten.

Tabelle 1.2.3:

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Erwerbsstatus (2006, in Prozent)

	14–30 Jahre	31–60 Jahre	> 60 Jahre	Erwerbstätige	Arbeitslose	Männer	Frauen	Schule	Studium
Befürwortung Diktatur	4,9	4,6	5,2	4,2	11,6	6,4	3,5	5,2	2,8
Chauvinismus	16	18,9	22	18	24,9	21,7	17,1	20,6	11,2
Ausländerfeindlichkeit	22,6	24,7	32,7	23,2	37,2	28,5	25,2	29,1	12,3
Antisemitismus	7,1	7,9	10,2	7,6	10,8	9,7	7,3	9,2	4,1
Sozialdarwinismus	3,5	4,4	5,2	4,3	6,3	5,5	3,6	4,8	2,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	3,3	4	4,6	3,6	8,2	5,1	3,1	4,3	2,8

(Decker, Brähler & Geissler 2006)

Dass Rechtsextremismus nicht nur ein Problem an den Randlagen der Gesellschaft ist, kann auch entlang einer Bevölkerungsgruppe illustriert werden, welche dem eigenen Selbstverständnis nach in der Mitte der Gesellschaft verortet ist. Interessant sind die Einstellungsmerkmale im christlichen Milieu, welche abschließend angeführt werden sollen:

Tabelle 1.2.4:

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Kircheng Zugehörigkeit (2010, in Prozent)

	evangelisch N = 968	katholisch N = 823	keine Religion N = 550
Befürwortung Diktatur	5	6,2	3,8
Chauvinismus	21,1	19,8	16,1
Ausländerfeindlichkeit	25,8	24,8	22,9
Antisemitismus	7,7	11,3	6,4
Sozialdarwinismus	3,9	4,3	3,5
Verharmlosung Nationalsozialismus	3	4,3	2,4

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson, **< ,01; *< ,05

(Decker, Weißmann, Kiess & Brähler 2010, 88)

Es muss festgestellt werden, dass erstaunlicherweise unter den Angehörigen der großen christlichen Konfessionen die Elemente der rechtsextremen Einstellung deutlich stärker ausgeprägt sind, als bei den konfessionslosen Deutschen.

Zusammenfassend ergaben die bisherigen «Mitte»-Studien, dass die rechtsextreme Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersgruppen sowie in West und Ost zu finden ist – eben bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die rechtsextreme Einstellung in der Mitte der Gesellschaft längerfristig auf hohem Niveau anzutreffen ist und dass Rechtsextremismus somit ein gesamtgesellschaftliches Problem und eine dauerhafte Herausforderung ist.

1.3 Rechtsextrem motivierte Straftaten und Gewalttaten im Bund

Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz weist für das Jahr 2010 einen Rückgang der als politisch motiviert qualifizierten Straftaten von 18.750 im Jahr 2009 auf 15.905 im vergangenen Jahr aus (vgl. Abbildung 1.3.1). Damit ging die Zahl der politisch rechts motivierten Straftaten um 15,2%, die der Gewalttaten um 14,5% zurück, liegt aber immer noch auf vergleichsweise hohem Niveau. Hierfür sei auf die im gleichen Zeitraum vom Bundesamt

dokumentierten Zahlen für als linksextrem motivierte Gewalt- und Straftaten verwiesen. Im Jahr 2009 wurden 4.734, im Jahr 2010 3.747 Straf- und Gewalttaten registriert. Stellt man mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in Rechnung, dass ein Gutteil der als linksextrem qualifizierten Straftaten im Kontext der Aktion gegen Rechtsextreme verübt wurden, wird die Bedrohung der Demokratie durch den Rechtsextremismus deutlich.²

Abbildung 1.3.1:

Aus dem Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 2010³

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich «Politisch motivierte Kriminalität – rechts»*

Gewalttaten	2009	2010
Tötungsdelikte	1	0
Versuchte Tötungsdelikte	5	6
Körperverletzungen	738	638
Brandstiftungen	18	29
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	2
Landfriedensbruch	44	25
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	4	4
Freiheitsberaubung	3	0
Raub	16	7
Erpressung	5	3
Widerstandsdelikte	57	48
Sexualdelikte	0	0
gesamt	891	762
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	1.453	1.335
Nötigung/Bedrohung	146	127
Propagandadelikte	13.280	11.384
Störung der Totenruhe	24	18
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.956	2.279
gesamt	17.859	15143
Straftaten insgesamt	18.750	15.905

* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

² Verfassungsschutzbericht des Landes NRW, 20 (http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf)

³ <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/>, 36

1.4 Frei und National: Konstanten und Veränderungen in der Organisation

Der Rechtsextremismus in Deutschland weist unterschiedliche Etappen auf, die sich entlang strategischen Optionen, Kampagnenthemen und Organisationsformen differenzieren lassen. Die beiden ideologischen Traditionslinien des Rechtsextremismus (deutsch-national und neo-nazistisch) verfügen jeweils über eigene populistische Themen (Stöss 2010, 29). Neben diesen beiden Linien können rechtsextreme Gruppierungen entlang weiterer deskriptiver Kennzeichen beschrieben werden, von denen hier einige herausgegriffen werden sollen.

Von den strategischen Optionen des Rechtsextremismus fallen in jüngerer Zeit vor allem zwei ins Auge, eine politische Opposition *innerhalb* des «Systems» und eines gegen das «System». Mit der politischen Opposition innerhalb des Systems versuchen rechtsextreme Parteien mit legalen Mitteln eine Machtstellung innerhalb der parlamentarischen Demokratie zu erringen. In den letzten Jahren sind hierbei die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Deutsche Volksunion (DVU) erfolgreich gewesen, die zeit- und ortsgebundene Bündnisse eingingen und seit Ende 2010 eine Fusionierung anstreben.⁴ Sichtbarste Folge dieser zunächst gerichtlich verhinderten Fusion ist die Änderung des Namenszusatzes der NPD von «Die Nationalen» in «Die Volksunion».

Wahrscheinlich vor allem wegen des erfolgreichen Themenwechsels – weg von revisionistischen hin zu sozialpolitischen Themen – gelang beiden Parteien der Einzug in zahlreiche Parlamente, der DVU zunächst in west-, der NPD dann auch in ostdeutsche Landtage (Stöss 2010, 86). Hierbei fiel die Zunahme der Wählgunst vor allem mit veränderten Parteiprogrammen zusammen: Themen, die als «Brückenthemen» (Stöss 2010, 30) zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus innerhalb der rechten Flügel in demokratischen Parteien fungieren konnten, wurde verstärkt bedient. Hierzu gehören neben sozialpolitischen Themen auch islamfeindliche Kampagnen und sogenannte «ethnopluralistische Positionen». Diese moderne Spielart des Rassismus findet seine Begründung nicht mehr wie früher in der biologistischen Kategorie der «Rasse» bzw. der Annahme der Höher- und Minderwertigkeit einzelner «Rassen». Diese wurde abgelöst durch eine kulturalistische Hierarchie, welche zum einen die Höher- und eben wieder Minderwertigkeit bestimmter Kulturen annimmt und – entsprechend zum biologistischen Rassenbegriff – auch davon ausgeht, dass eine Vermischung der Kulturen zu Lasten beider ginge. Die Anschluss- und damit auch Brückenfunktion dieser kulturalistischen Argumentation wird in der bis in demokratische Parteien geteilte Ansicht einer kulturellen Differenz zum Islam und der Bedrohung durch ihn deutlich. Mittlerweile wird beispielsweise ein von Frauen getragenes Kopftuch als bundesweit geteiltes, stark mit Ressentiments aufgeladenes Symbol für die scheinbare Rückständigkeit der Menschen aus einem islamisch geprägten Kulturkreis angesehen.

⁴Verfassungsschutzbericht des Landes NRW, 16 (http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf)

Als Gewinner dieser Verschiebung im rassistischen Diskurs können rechtspopulistische Parteien gewertet werden, wie etwa PRO Köln oder PRO NRW. Beide Parteien weisen rechtsextreme Strömungen auf und werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Dabei werden Bündnisbildungen sichtbar, etwa zu den Republikanern.

Allerdings: Auch bei der politischen Opposition gegen das System galt die NPD als das «Gravitationszentrum» des Rechtsextremismus in Deutschland, wie es das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnete. Nicht nur ihre Hegemonie im rechtsextremen Parteienspektrum rechtfertigt eine solche Einordnung. Der NPD gelang es vor allem durch ihre Jugendorganisation der Jungen Nationalen (JN), offen antidemokratische und gewaltbereite Kräfte an die Partei zu binden und so auch in diese Richtung zeitweilig eine Brückenfunktion wahrzunehmen. Diese Brücke führte zu neonazistischen Gruppierungen, welche sich dezentral organisierten. Dadurch wurde diese Partei für gewaltorientierte Personen attraktiver. Die zumeist aus der rechtsextremen Subkultur stammenden Gruppierungen, wie etwa Kameradschaften, Freie Nationalisten, Autonome Nationalisten oder anderweitig dezentral organisierte Gruppen gingen auf diesem Weg Bündnisse mit der NPD ein, was in der Folge vor allem die lokale Verankerung der NPD festigte. Die derzeit bundesweit etwa 1000 Autonomen Nationalisten rekrutieren sich vor allem aus dem Altersspektrum von 16 bis 26 Jahre, ihre Hochburg liegt in Westdeutschland, hier vor allem im Ruhrgebiet und im Rheinland (Peters & Schulze 2009, 11).

Die durch die Bündnispolitik gewonnenen Handlungsoptionen und der erweiterte Wirkungskreis der NPD führten aber von Anfang an zu Konflikten. Denn die beiden Optionen standen und stehen in einem Spannungsverhältnis, welches überdeutlich in Machtkämpfen innerhalb der JN wird. Die unterschiedlichen Ziele der Gruppierungen kollidierten offensichtlich in der von der NPD verfolgten Dreifach-Strategie «Kampf um die Straße», «Kampf um die Köpfe» und «Kampf um die Parlamente» (Stöss 2010, 123). Beim «Kampf um die Parlamente» begann die NPD, unter Rücksichtnahme auf die angepeilte Wählerschaft im konservativen Lager, Aufmärsche und Straßenaktionen zu unterbinden. Damit geriet sie aber mit den gewaltorientierten «Freien Kräfte» in Konflikt (Peters & Schulze 2009, 12). Die Bündnisse zwischen den neonazistischen Zusammenschlüssen und der NPD sind zumeist von und durch Personen getragen, was, wie sich zeigt, ein relativ fragiles Gebilde ist. Durch Austritte von Personen aus der NPD ging der Partei immer wieder ihre lokale Verankerung verloren.

Allerdings bedeutet dies einzig, dass die NPD als eine bundesweite Plattform für rechtsextreme Organisationen an Integrationskraft verlor, keinesfalls, dass die lokalen Kräfte dadurch substantiell geschwächt wurden. Im Gegenteil scheinen sie sich zu stabilisieren. Durch die de-

zentrale und nicht-institutionalisierte Organisationsform – Organisieren ohne Organisation – weisen sie eine deutlich höhere Resistenz gegen staatliche Repressionsformen auf, und mit den gegen Einrichtungen und Personen gerichteten Gewalttaten gewinnen sie offensichtlich für bestimmte Kreise an Attraktivität.⁵ Mit und neben der NPD bilden sie so mittlerweile ein landesweites Netzwerk (Peters & Schulze 2009, 15), und nicht nur die intensive Nutzung des Web 2.0 macht einen großen Einfluss dieser Gruppen in der rechtsextremen Szene sehr wahrscheinlich. Es scheint, dass die «Freien Kräfte» zwar in zyklisch unterschiedlich starker Ausprägung, aber insbesondere in NRW doch dauerhaft in der Lage sind, überregionale Bündnisse einzugehen und damit einen hohen Mobilisierungsgrad für ihre Aktionen zu erreichen (Hoffmann 2010).

Insgesamt wirkt die rechtsextreme Szene und Parteienlandschaft bundesweit noch in einer Phase der Neuorganisation begriffen. Die Bündelung der antidemokratischen Kräfte durch und in einer rechtsextremen oder rechtspopulistischen Partei ist, im Gegensatz zu den meisten europäischen Nachbarländern, noch nicht gelungen (Globisch, Pufelska & Weiß 2011). Da dort mit ähnlich gelagerten Themen (Zick, Küpper & Wolf 2009) dauerhaft große Wähleranteile gebunden werden können, kann die derzeitige Lage in Deutschland auch als Konsolidierungsphase der rechtsextremen Szene aufgefasst werden.

1.5 Ausgrenzung, Stigmatisierung und Ungleichwertigkeitsdiskurse

Dass aber auch bei Fehlen einer gut organisierten und damit täglich sichtbaren rechtsextremen Partei nicht die Abwesenheit des Rechtsextremismus geschlossen werden kann, wurde schon im Kapitel 1.2 dieser Situationsanalyse deutlich. Die rechtsextreme Einstellung findet sich, je nach Dimension, bei 5 % bis 30 % der Bevölkerung. Die diesen Zahlen zugrunde liegenden «Mitte»-Studien haben aber neben der Ausprägung rechtsextremer Einstellung auch ein anderes, hier relevantes Ergebnis erbracht. Der manifeste und insbesondere der organisierte Rechtsextremismus ist in ein breites Umfeld von latentem Rechtsextremismus eingebunden. Gleichzeitig ist ein allgemeiner und wachsender Stigmatisierungsdruck beobachtbar.

In verschiedenen Studien wurde festgestellt, dass einzelnen Menschen bei Abweichung die Stigmatisierung droht (Decker et al. 2008). Das betraf nicht nur die im Folgenden noch darzustellende Stigmatisierung von Randgruppen, sondern war eine Erfahrung, mit der sich fast alle Mitglieder der Gesellschaft konfrontiert sahen und die sie auch befürchteten. Neben den «äußeren Fremden» (Migrant/innen, Nationen) werden zunehmend stärker auch die «inneren Fremden» stigmatisiert (Erdheim 1987, 263).

⁵ Verfassungsschutzbericht 2010 des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW (http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf, 15/16) und Bundesverfassungsbericht 2010 (<http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/>, 65/66)

Dabei verdient die paradoxe Wirkung des Stigmas Beachtung: Die Stigmatisierung wird von Seiten der Ausgegrenzten nicht etwa der Desintegration wegen befürchtet, sondern im Gegenteil, weil ihr Stigma sie dem vollen Zugriff der Gemeinschaft ausliefert. Dieser Zugriff ist gewaltvoll und kann bis hin zur körperlichen Schädigung oder Vernichtung reichen.

Damit wird auch deutlich, dass der Begriff der Desintegration nur einen Teil des Prozesses korrekt beschreibt und zwar gerade nicht den sozialen Aspekt: Goffman (Goffman 1963), Pettigrew und Meertens (Pettigrew & Meertens 1995) beschrieben zwar den Ausschluss aus einer «In-Group» als sozialen Prozess, und die Desintegrationsforschung schließt beim Versuch, rechtsextreme Einstellung mit solcher befürchteter Desintegration zu begründen, an solche Überlegungen an (Heitmeyer & Mansel 2008). Da aber dieser Prozess mit einer Aggression auf den Ausgeschlossenen und einem immer möglichen und daher totalen Zugriff einhergeht, bedeutet er im sozialen Sinne keinen Ausschluss und kann auf diesem Weg nicht verstanden werden. Es ist eher ein weit reichender *Einschluss*: Die Stigmatisierung geht mit konkreter oder «symbolischer Gewalt» (Bourdieu 1987) einher, der sich der/die Betreffende durch den Verlust von Schutzrechten nicht oder nur sehr schwer entziehen kann. Im sozialen Raum gibt es kein Drinnen und Draußen, daher kann es im Sinne des Wortes keinen Ausschluss geben: «alles ist drin im Raum» (Waldenfels 1990, 29).

Der allgemeine Stigmatisierungsdruck lässt sich etwa auch in der Ghettoisierung von Bevölkerungsgruppen abbilden. Auch wenn diese Ghettobildung nur der Effekt einer Dynamik von Leistungszuteilung staatlicher Stellen und privatwirtschaftlich agierender Vermieter ist und nicht intentional erfolgt, so handelt es sich doch um einen Prozess der Diskriminierung. So bleibt festzuhalten, dass die «negativen sozialräumlichen Verdichtungen» (Hüpping & Reinecke 2007, 78) nicht nur *zwischen* ökonomisch aufwärtsstrebenden, relativ gleichbleibenden und abwärtsdriftenden Regionen zu verzeichnen sind, sondern auch *in* ihnen. Soll heißen: Auch in sozioökonomisch stabilen oder aufwärtsstrebenden Regionen entwickeln sich soziale Räume relativer Deprivation und des Ausschlusses bzw. der Prekarisierung. Diese Entwicklung ist nicht nur wegen des engen Zusammenhangs von relativer Deprivation, Desintegration oder Prekarisierung und antidemokratischer Einstellung problematisch. Zugespitzt erfährt die Demokratie eine Legitimationskrise, wenn ganze Bevölkerungsgruppen von der gleichberechtigten Teilhabe am sozialen Leben ausgeschlossen werden. Im Grunde werden damit nicht nur sozialdarwinistische Einstellungsmuster legitimiert, sondern sie kommen bereits in diesen Exklusionsprozessen zum Ausdruck.

2. Die Situation in der Stadt Siegen

Für die Situations- und Ressourcenanalyse zum Rechtsextremismus sollen drei analytische Zugänge Verwendung finden. Zum einen werden rechtsextreme Strukturen und rechtsextrem motivierte Gewalttaten dokumentiert bzw. die bestehende Dokumentation gebündelt und ausgewertet. Dieser Bereich des Rechtsextremismus gehört der Handlungsebene an. Zum anderen wird die Verbreitung rechtsextremer Einstellung in Siegen untersucht. Da sie sich im Rahmen des hier vorliegenden Angebots nicht repräsentativ erfassen lässt – eine bevölkerungsrepräsentative Studie ist mit enormem Aufwand an Zeit und Mitteln verbunden – wurden Probanden gewonnen, die als Experten/Expertinnen in der Stadt Siegen fungieren. Die in die kommunalpolitische und zivilgesellschaftliche Arbeit eingebundenen Akteure/Akteurinnen wurden in Experten/Expertinneninterviews (teilstrukturierte, fragebogenbasierte Einzelinterviews) zu ihren Erfahrungen und Bedingungen ihrer Arbeit befragt. Daher konnten diese Interviews auch Aufschluss über die bereits vorhandenen Ressourcen geben.

Tabelle 2.1: **Schematische Unterteilung des Untersuchungsfelds nach Handlungen, Einstellung und Ressourcen**

Untersuchungskomplex	Zugang
Rechtsextreme Handlungen	Auswertung von bestehenden Dokumentationen
Rechtsextreme Einstellung	Experten/Expertinneninterviews
Ressourcen	Experten/Expertinneninterviews

2.1 Methodischer Ansatz (Quellen, Methode, Erhebung)

Für die Situations- und Ressourcenanalyse wurden verschiedene Zugänge genutzt. Zum Einsatz kamen fragebogengestützte (paper-pencil) und direkte (face-to-face) Experten/Expertinneninterviews. Für die fragebogengestützten Interviews wurden 62 Vereine und Initiativen und 48 Schulen in Siegen kontaktiert. In einem Anschreiben wurde den Adressaten das Anliegen mitgeteilt, über ihre Erfahrungen eine Bewertung des Rechtsextremismus in der Stadt Siegen vornehmen zu können. Dem Schreiben lagen ein strukturierter Fragebogen mit Freitextfeldern zur Beantwortung (siehe Anlage) und ein frankierter und adressierter Rückumschlag bei.

Insgesamt beteiligten sich 14 Siegener Schulen und 20 Vereine durch eine schriftliche Antwort an der Erhebung. Die Rücklaufquote kann mit 31,1 % als befriedigend bezeichnet werden. Zusätzlich wurden 4 face-to-face-Interviews mit Expertinnen und Experten durchgeführt.

Dieses Datenmaterial dient als wesentliche Grundlage der Situations- und Ressourcenanalyse und wird ab Kapitel 2.2.3 vorgestellt. Zusätzlich wurden zugängliche Quellen zum Organisationsgrad des Rechtsextremismus sowie der Gewalt- und Straftaten in Siegen gesichtet und die solcherart gewonnenen Informationen aufbereitet. Hinzu kommen zugängliche Informationen des Statistischen Landesamtes und die Ergebnisse relevanter Wahlen zu überregionalen und kommunalen Parlamenten.

2.2 Ergebnisse

Die Stadt Siegen ist mit ihren über 100.000 Einwohnern/Einwohnerinnen zum 31.10.2011 eine kleine Großstadt. Hiervon gelten mehr als 12.000 als «Nicht-Deutsche», haben also keine deutsche Staatsbürgerschaft.⁶ Spätaussiedler – welche den Großteil der Gruppe von Einwohnern/Einwohnerinnen mit Migrationshintergrund stellen – sind in dieser Statistik nicht gesondert aufgeführt.

Zunächst soll das Wahlverhalten in der Stadt Siegen auf Hinweise für Rechtsextremismus untersucht werden. Das Statistische Landesamt NRW veröffentlichte folgende Wahlergebnisse aus den bezeichneten Wahlgängen:

Tabelle 2.2.1:

Wahlergebnisse in der Stadt Siegen zu letzten Wahlen (in Prozent)

	Kommunalwahlen 2009	Landtagswahl 2010	Bundestagswahl 2009	Europawahl 2009
CDU	35,4	33,1	32,4	37,2
SPD	25,1	34,6	27,6	25,2
GRÜNE	12,7	12,0	10,6	12,4
FDP	10,6	6,4	14,3	10,9
Sonstige	16,2	14,0	15,1	14,3

⁶ Diese Informationen und die folgenden entstammen, so nicht anders bezeichnet, den Angaben des Statistischen Landesamtes vom 25.10.2011 <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/l05970040.pdf>

Da das Statistische Landesamt die Ergebnisse der unter «Sonstige» geführten Parteien nicht näher aufschlüsselt, werden die Angaben im Folgenden auf Grundlage der veröffentlichten Daten der Stadt Siegen spezifiziert. Von Interesse sind insbesondere die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien. Hier waren zum Zeitpunkt der Kommunal- und Kreistagswahlen zwei Parteien aktiv: Die Republikaner (REP) und die NPD. Ohne weitergehende Erwähnung bleibt daher die Partei PRO NRW. PRO NRW versucht in der Stadt Siegen bzw. im Kreis Siegen-Wittgenstein erst jüngst Fuß zu fassen. Ein ehemaliger Republikaner ist als Vorsitzender des «PRO NRW»-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein gewählt worden.⁷

Tabelle 2.2.2: Gesamtergebnis der Kreistagswahl, Stadt Siegen am 30.08.2009

	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	81.836	
Wähler/innen	37.104	45,34
Ungültige Stimmen	463	1,25
Gültige Stimmen	36.641	98,75
CDU	13.107	35,77
SPD	9.331	25,47
FDP	4.429	12,09
GRÜNE	4.856	13,25
UWG	11.941	5,30
REP	274	0,75
FWU	107	0,29
NPD	478	1,30
DIE LINKE	2.118	5,78

⁷http://www.pro-nrw.net/?page_id=154

Tabelle 2.2.3: Ergebnis der Ratswahl vom 30.08.2009 in der Stadt Siegen

	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	81.796	
Wähler/innen	37.091	45,35
Ungültige Stimmen	329	0,89
Gültige Stimmen	36.762	99,11
CDU	13.006	35,38
SPD	9.234	25,12
GRÜNE	4.658	12,67
UWG	2.216	6,03
FDP	3.900	10,61
STATT	216	0,59
NPD	523	1,42
DIE LINKE	1.977	5,38
REP	123	0,33
Langer, Einzelbewerber	896	2,44
Reusch, Einzelbewerber	13	0,04

Der Wahlkampf zur Ratswahl wurde von der NPD mit umfangreichem Material geführt, das von der Bundespartei zur Verfügung gestellt worden war. Exemplarisch soll an dieser Stelle auf die Präsenz islamfeindlicher Propaganda im Wahlkampf eingegangen werden. Erkennbar ist der Versuch, von der in der Bevölkerung vorhandenen ausländerfeindlichen Stimmung zu profitieren (vgl. Abbildung 2.2.1).

Abbildung 2.2.4: Wahlkampfplakat der NPD zur Ratswahl in der Stadt Siegen 2009



Bei den Wahlen zum Rat der Stadt Siegen erzielten die beiden rechtsextremen Parteien REP und NPD summarisch mit 1,75 % der Stimmen ein schlechteres Ergebnis, als bei den Kreistagswahlen. Bei der Kreistagswahl 2009 entfielen auf die rechtsextremen Parteien REP und NPD zusammen 2,05 % der Stimmen. Ein summarisches Stimmresultat von 2 % bis 3 % scheint für rechtsextreme Parteien bei Kommunalwahlen stabil erreichbar zu sein. Das entspricht einem absoluten Bevölkerungsanteil von 2.000 bis 3.000 Personen. Bei den Kommunalwahlen vom 26.9.2004, bei der die NPD nicht antrat, erreichten die Republikaner einen Stimmenanteil von 2,7%. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen 2005 erzielten beide Parteien summarisch einmal 2,2 % (Landtag: REP: 1,3 %; NPD: 0,9 %) und einmal 1,6 % (Bundestag: REP: 0,8 %; NPD: 0,8 %) der Stimmen. Das bisher höchste Einzelergebnis erreichten die REP vor mehr als 20 Jahren mit 3,1 % bei den Kommunalwahlen 1989. Die Wählerbindung der großen demokratischen Parteien ist, unabhängig von der Anziehungskraft rechtsextremer Parolen, immer

noch sehr stark ausgeprägt. Kommt es zu einer Veränderung des Wahlverhaltens, so gilt bisher auch für Siegen der allgemeine Trend: Die Abwanderung in die Gruppe der Nicht-Wähler.

Die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in der Stadt Siegen fielen bisher nicht gravierend aus. Für die Arbeit gegen den Rechtsextremismus kann das aber nicht Entwarnung bedeuten, und das nicht nur, weil mit dem Anstieg der Gruppe der Nicht-Wähler das Wahlpotential für rechtsextreme Parteien auf Dauer wachsen dürfte.

Einen ersten Eindruck von der Spezifik der rechtsextremen Szene in Siegen vermittelt bereits eine Besonderheit der NPD gegenüber den Republikanern. Unabhängig davon, wie viele Wählerstimmen für die Parteien jeweils erreicht wurden, war der Mobilisierungsgrad der NPD in einem Punkt besonders hoch: Es gelang der NPD, anders als den Republikanern, für alle Wahlkreise durchgängig Kandidaten und Kandidatinnen aufzustellen. Die Mobilisierung von rund 30 Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlbezirken führte mit Sicherheit zu dem deutlichen Stimmvorsprung, welche die NPD gegenüber den Republikanern verzeichneten. Diese waren nur in wenigen Wahlbezirken mit einem Kandidaten angetreten.

Die Mobilisierung von Kandidaten und Kandidatinnen lässt auf einen hohen Organisationsgrad und Wirkungsradius der NPD zu diesem Zeitpunkt schließen. Die enge Kooperation, welche die NPD mit den Freien Kräften um die Freien Nationalisten Siegerland eingegangen sind, werden hier mit Sicherheit eine Rolle gespielt haben. So sind die unter 1.4 beschriebenen organisatorischen Veränderungen der rechtsextremen Szene besonders deutlich auch in Siegen und im Siegener Umland zu beobachten und werden in nächster Zukunft auch die Aufmerksamkeit der Arbeit gegen Rechtsextremismus verstärkt auf sich ziehen müssen: die Organisation ohne Organisation.

2.2.1 Rechtsextreme Organisationsformen:

Die Freien Nationalisten Siegerland

Die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder schlüsseln die rechtsextremen Aktivitäten in der Stadt Siegen und im Kreis Siegen-Wittgenstein nicht getrennt auf. Dies hat seinen Grund nicht in der geringen Zahl an rechtsextremen Vorfällen oder dem Mangel an rechtsextremen Gruppierungen im Einzugsgebiet, als in der Schwerpunktbildung insbesondere des Berichts des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW. In diesem werden exemplarisch einzelne Gegenden bzw. Ereignisse untersucht, so dass der Bericht rechtsextreme Strukturen pars pro toto darstellt. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass neben den berichteten Aktivitäten viele weitere, nicht benannte existieren. Das Landesamt für Verfassungsschutz NRW stellt für diese Situationsanalyse zum Rechtsextremismus in der Stadt Siegen folgende Informationen zur Verfügung (Auskunft auf Anfrage):

- Die Gruppierung der Freien Nationalisten Siegen (FNSI) ist in Siegen aktiv; aufgrund von personellen Überschneidungen mit dem NPD KV Siegen war sie bisher kaum abgrenzbar.
- Diese Gruppierung umfasst nach Ansicht des Verfassungsschutzes etwa *20 Personen* (ihr Mobilisierungspotential kann wegen schlechter Abgrenzbarkeit nicht näher beziffert werden).
- Das Landesamt nimmt seit etwa einem Jahr kaum noch Aktivitäten der FNSI wahr.
- Bis dahin waren die FNSI an überregionalen Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene beteiligt und führten eigene Demonstrationen durch (teilweise mit überörtlicher Beteiligung).
- In der Vergangenheit – ähnlich wie in Düren/Aachen – bestanden eine enge Zusammenarbeit und *personelle Überschneidungen zwischen FNSI und NPD KV Siegen*. Der «Führer» der FNSI ist gleichzeitig NPD-Ratsherr. Nach dem Rücktritt des NPD-Vorsitzenden Stephan Flug (wegen der Streitigkeiten um Reitz und Haller/Laube) ist die weitere Entwicklung offen, weil bisher kein Nachfolger in Sicht ist.

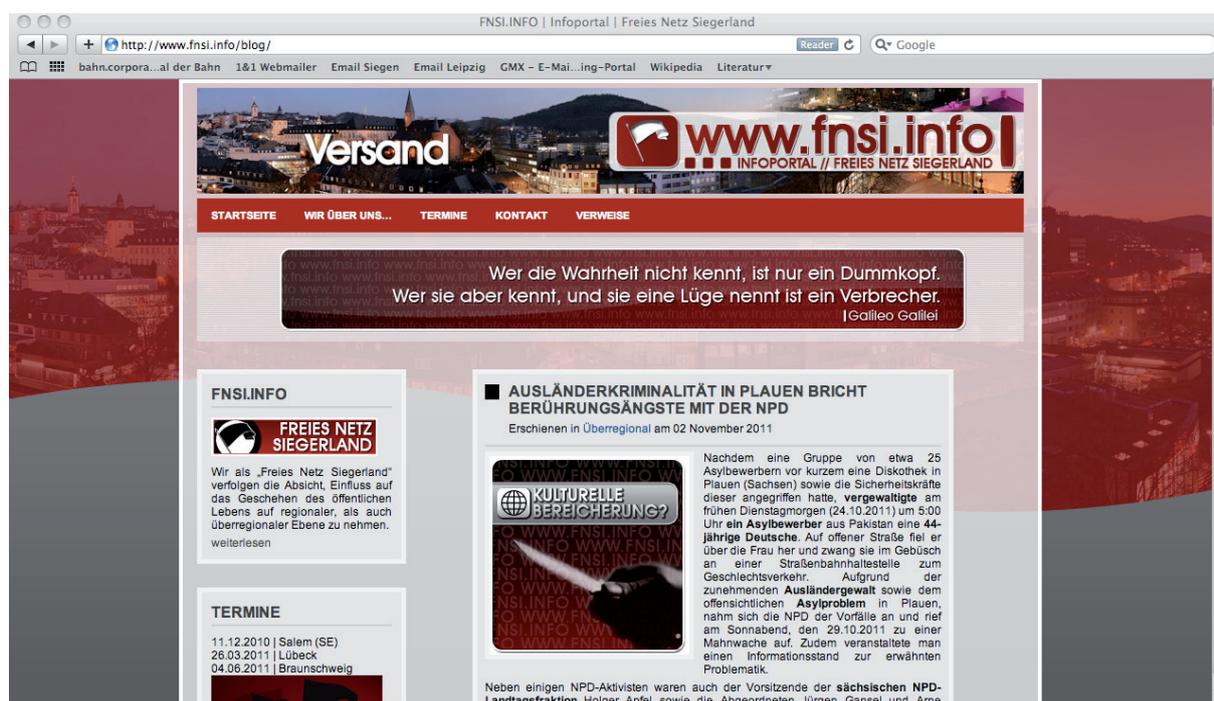
Insbesondere die letzte Entwicklung, der Parteiaustritt des als NPD-Funktionär und in der FNSI aktiven Stephan Flug verdient hier Aufmerksamkeit. Die NPD dürfte hierdurch nachhaltig geschwächt worden sein, denn Flug brachte der Partei den höchsten Stimmenanteil bei den letzten Kommunalwahlen ein. Aber bedeutsamer ist, dass die Schwächung der NPD, anders als in der Vergangenheit, nicht mit einer zeitlichen Bedeutungslosigkeit des Rechtsextremismus einhergeht.

Die in der Stadt Siegen und im Umland aktiven rechtsextremen Organisationen verzeichnen eine ähnliche Entwicklung, wie sie auf Bundesebene stattfindet. Die Vernetzung der Freien Kräfte ist in Siegen und der Umgebung deutlich zu beobachten. Die 2007 unter dem Namen «Kameradschaft Siegerland» gebildete und heute als «Freie Nationalisten Siegerland» bzw. im Internet auch als «Freies Netzwerk Siegerland» (jeweils FNSI) agierende rechtsextreme Gruppe hält bundesweite Kontakte und zählt zu den einflussreichsten Gruppierungen (Hoffmann 2010, 13). Sie ist kennzeichnend für die Entwicklung des Rechtsextremismus, wobei die Frage offen bleibt, welche Organisationsstruktur sich in Zukunft entwickeln wird. Wie in Kapitel 1.4 beschrieben, partizipierten beide Organisationsformen – Freie Nationalisten und die NPD – von der relativen Öffnung für einander. Allerdings scheint es für die NPD eine Zerreißprobe zu sein, gleichzeitig zwei «Brückenfunktionen» wahrzunehmen: hin zu den nationalkonservativen Kräften in den demokratischen Parteien auf der einen Seite, und zu den neonazistischen autonomen Kräften auf der anderen Seite.

Es steht daher in der Logik der bundesweiten Entwicklung, dass Stephan Flug im August 2010 aus der NPD ausgetreten ist. Wie Flug selbst am 19. August 2011 im Forum «altermedia.org» mitteilte und mit einem «GruSS aus Siegen» versah, hält er die NPD für «fremdgesteuert», nämlich als «VS-Projekt».⁸ Für die Situationsanalyse des Rechtsextremismus in der Stadt Siegen interessiert vor allem, dass von einer Schwächung der sichtbaren «Opposition im System», nämlich der NPD, keinesfalls auf eine Schwächung des Rechtsextremismus insgesamt geschlossen werden darf. Vielmehr muss von einer Radikalisierung in der rechtsextremen Szene ausgegangen werden.

Die Dokumentationen zu rechtsextrem motivierten Handlungen in Siegen zeigen zwar eine nachlassende Frequenz rechtsextrem motivierter Straf- und Gewalttaten (vgl. Kapitel 2.2.2), dass diese aber gerade bei den schwerwiegendsten Delikten, der Gewalt gegen Personen, auch 2011 nicht abreißen, deutet auf eine Konsolidierungsphase hin.

Abbildung 2.2.1.1: Bildschirmfoto «Freies Netzwerk Siegerland» (FNSI)



Tatsächlich ist die organisatorische Struktur des «Freien Netz Siegerland» offensichtlich nach einer «Neubesetzung des Autorenkollektivs»⁹ seit dem 25.10.2011 wieder mit regelmäßigen

⁸ <http://altermedia-deutschland.info/2011/08/19/npd/ausgetreten-19-08-11/#comments>

⁹ Die Verwendung von Ästhetik und Symbolen der linken Szene sowie die Wortwahl deuten auf einen Generationswechsel innerhalb der rechtsextremen Strukturen hin.

Beiträgen aktiv.¹⁰ Für die FNSI gilt, wie auch für andere Freie Kräfte der rechtsextremen Szene seit 2005 in Deutschland, dass sie durch eine enge Vernetzung in eine bundesweite Struktur eingebunden ist. So sind in der Vergangenheit regelmäßig Demonstrationen bundesweit von der FNSI personell und logistisch unterstützt worden, wie auch Demonstrationen in Siegen von Freien Kräfte aus dem Bundesgebiet unterstützt worden sind.¹¹

2.2.2 Diskriminierung und Verschärfung des Diskurses der Ungleichwertigkeit und Entsolidarisierung

Entgegen der Wahlpropaganda der NPD und der FNSI besteht das Problem in den Schulen in Siegen nicht in einer Benachteiligung deutscher Schüler und Schülerinnen gegenüber jenen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Die vorliegenden Zahlen machen Diskriminierungseffekte sichtbar, welche nicht individualisiert erfolgen, aber wahrscheinlich strukturell verankert sind.

In Siegen sind insgesamt 50 Schulen ansässig. Der folgenden Tabelle können die Schultypen und der Anteil der Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit entnommen werden.

Tabelle 2.2.2.1: **Schultypen, Schüler/Schülerinnen und Anteil an Schülern/Schülerinnen mit Migrationshintergrund**

	Insgesamt	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule	Förderschule
Schulen	50	23	6	4	5	2	6
Schüler/Schülerinenn	14.369	3.439	1.372	1.640	3.984	2.075	699
davon Anteil ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Prozent	11,7	17,0	25,9	13,4	3,6	7,8	19,9

Die ungleichen Bildungschancen von nicht-deutschen Schülern und Schülerinnen sind überdeutlich. Nur 3,6 % können ein Gymnasium besuchen, während ihr Anteil insgesamt bei 11,7 % liegt. Die Gesellschaft muss sich nicht nur für diese Chancen-Disparität in die Verantwortung nehmen lassen, sondern sich auch die Frage stellen, welche strukturellen Bedingungen solcherart diskriminierend wirken.

¹⁰ <http://www.fnsi.info/blog/>

¹¹ http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/editors/import/sch/doks/vs/Verfassungsschutzbericht_2009.pdf, 86

Wie wenig von einer Chancengleichheit gesprochen werden kann und wie stark der Diskriminierungsdruck ist, machen auch soziale Ausschlüsse sichtbar, die deutsche wie nicht-deutsche Siegener betreffen. Beispielhaft kann hier die Ansiedlung von Transferleistungsempfängern im Stadtteil Fischerbachsberg gelten – eine sinnbildliche Ausgrenzung sowohl des «inneren» als auch des «äußeren» Fremden (vgl. Kapitel 1.5).

2.2.3 Rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten

Zum Redaktionsschluss dieser Situationsanalyse lag der Antrag auf Auskunft durch das Kommissariat Polizeilicher Staatsschutz und die Bitte um ein Experteninterview mit dem Leiter des Kommissariats noch ohne Entscheidung beim Innenministerium des Landes NRW. Zur Auswertung und Beurteilung der rechtsextrem motivierten Straft- und Gewalttaten wurde daher auf die Dokumentation einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Initiativen zurückgegriffen. Die Vollständigkeit der Informationen kann daher nicht gewährleistet werden.

Bereits mit einer Veröffentlichung aus dem Jahr 1994 durch den Allgemeinen Studierenden-ausschuss der Universität Siegen wurde der Rechtsextremismus im Siegerland dokumentiert. Für den Zeitraum von 1988 bis zur Veröffentlichung 1994 wurden von der Autoren/Autorin-nengruppe mehr als 100 «Schmierereien, Bedrohungen und Gewalttaten in der Region» dokumentiert (Reader & Projektgruppe 1994, 28).

Ein internetgestützter Recherche- und Dokumentationsdienst berichtet für das Jahr 2011 folgende Übergriffe und Gewalttaten in Siegen: Am 17. März zog eine Gruppe von etwa 10 Rechtsextremen durch die Siegener Innenstadt, es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen. Am 4. Juli wurde die wöchentlich stattfindende Montagsdemo gegen Atomkraft in der Siegener Innenstadt von etwa 10 Personen, die durch Auftreten und Inhalt der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, provoziert. Teilnehmenden an einer Informationsveranstaltung in Siegen gegen eine geplante Veranstaltung von Rechtsextremen in Gießen wurden am Abend des 8. Juli die Reifen ihrer PKW zerstochen. Vom 5. auf den 6. August kam es zu einem Steinwurf mit Sachschaden auf das Jugendzentrum «VEB», ein Angriff auf das Büro der Linkspartei in Siegen erfolgte am 8. August durch Siegener Neonazis. Am 10. August berichtete die Siegener Zeitung über Farbschmiererei rechtsextremen Inhalts in Niederschelden.¹²

Auf Grundlage dieses Informationsdienstes und eigener Recherchen veröffentlicht die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) eine unvollständige Auflistung von insgesamt 31 Gewalttaten seit dem 01.02.2009, die als rechtsextrem motiviert bewertet werden.¹³ Zu diesen Gewalttaten gehören gezielte und wiederholte Sachbeschädigung von Geschäftsräumen sowie Übergriffe auf einzelne im VVN aktive Mitglieder sowie auf deren Familienangehörige.

¹² <http://www.recherche-siegen.tk/>

¹³ http://www.vvn-bda-siegen.de/Auflistung_Anschlaege.pdf

Die von der Polizei am 11. August 2011 als Rädelsführer für Anschläge auf Parteibüros verhafteten Personen gehören den FNSI an und sind als Mitglieder bekannt. Die kontinuierliche Gewalt von Rechtsextremen aus diesem Spektrum macht deutlich, dass unabhängig von rechtsextremen Parteien wie der NPD oder den REP, eine organisierte rechtsextreme Szene in Siegen aktiv ist.

In den Experten/Expertinneninterviews wurde von den Befragten über die Wahrnehmung des Rechtsextremismus in der Stadt Siegen folgendes berichtet.

Tabelle 2.2.3.1: **Beispielantworten auf Frage 4**

Frage 4: Bitte beschreiben Sie, welche Probleme Sie in der Stadt Siegen mit Rechtsextremismus wahrgenommen haben.
viele «Spuckies» (kleine Aufkleber) in Siegen Stadt/Umgebung – hier wird wohl immer wieder von einer rechtsorientierten Gruppierung massiv/zahlreich/in Wellen auftretend geklebt/plakatiert und z.B. für NPD oder ähnliche Parteien/Gruppen geworben
Aufmärsche und Demonstrationen (z.B. 20. April), Schmierereien (Hakenkreuze und Parolen)
Wahl in den Rat (NPD), Demo zum 16.12., immer wieder Angriffe auf das Büro der «Linken», versuchte Störung von Veranstaltungen (z.B. des Kulturzentrums VEB), Schmierereien an Museen (auch BlueBox etc.)
Desinteresse seitens der Polizei/Justiz an Straftaten Rechter
Öffentlichkeit ist nur teilweise informiert durch nicht nachvollziehbare Berichterstattung der Siegener Zeitung
politische Übergriffe auf Einrichtungen «politischer Gegner» (Die Linke, VEB, Gesellschaft christlich-jüdischer Zusammenarbeit ...)
Polizei und Justiz oft auf dem rechten Auge blind
Polizei und Justiz und breite Kreise der Öffentlichkeit sind gegenüber rechtsextremen Erscheinungen zu tolerant
Angriffe auf das Linksparteibüro, die Bücherkiste und den VEB sowie auf Einzelpersonen und Veranstaltungen
zunehmende Gewalttaten, verstärktes Auftauchen von Parolen und Aufklebern im öffentlichen Raum, regelmäßige «Infos» im Briefkasten unserer Organisation, NPD im Stadtrat und Kreistag, Islam als neues Feindbild, Anpassungsdruck auf Migranten, Jugendkultur
«Glasbruch» in der Bücherkiste

Neben der wahrgenommenen Präsenz von rechtsextremen Aktivitäten und Gewalttaten fällt auf, dass die Befragten sowohl bei den Strafverfolgungsbehörden als auch bei der Berichterstattung Defizite ausmachen. Insbesondere letzteres ist mit Blick auf den Wechsel der Organisationsform in der rechtsextremen Szene riskant. Kommt es zu einem Wechsel von der «Opposition im System» zu einer «Opposition gegen das System» können sich Bürger/Bürgerinnen nicht mehr über öffentliche Bekanntmachung wie etwa der Wahlergebnisse über die politische Lage informieren.

In den Interviews mit den Expertinnen/Experten wurde nach Aktivitäten von Rechtsextremen gefragt. Die Antworten auf die Fragen werden gebündelt wiedergegeben und Mehrfachnennungen vermieden. Im Einzelnen wurden genannt:

Tabelle 2.2.3.2: **Beispielantworten auf die Fragen 7, 8 und 9**

Frage 7: Sind Ihnen Aktivitäten rechtsextremer Parteien in Siegen bekannt? Frage 8: Sind Ihnen Aktivitäten rechtsextremer Kameradschaften in Siegen bekannt? Frage 9: Sind Ihnen gewaltbereite Cliques mit rechtsextremem Auftreten in Siegen bekannt?
Propaganda auf dem Schulhof («Schulhof-CD» der NPD, Flyer, Plakataktionen u.ä.)
Anwerbeversuche auf dem Schulhof
starke Wahlkampfaktivität in den Stadtteilen Eisern, Eisefeld, Niederschelden
Veranstaltungen der NPD/FNSI in Kreuztal, Netphen, Hilchebach
Vandalismus gegen linke Parteien und «Bücherkiste»
Parteitage der NPD
Aufmärsche
Berichte durch Schüler über Treffpunkte von Rechtsextremen in der Stadt Siegen
tätliche Übergriffe auf Menschen
Sachbeschädigung
Störungen von Veranstaltungen des Siegener Bündnisses für Demokratie
zunehmende Gewalt

Aus diesen Angaben ergibt sich, dass die Aktivitäten der FNSI bekannt sind und als solche benannt werden. Hinzu kommt die Nennung von schlagenden studentischen Verbindungen, welche als rechtsextreme Gruppierungen wahrgenommen werden. Die bereits aus der Literatur bekannten Versuche rechtsextremer Parteien, zu Schülern und Schülerinnen Kontakt aufzunehmen, werden durch die Experten und Expertinnen aus den Schulen bestätigt.

2.2.4 Rechtsextreme Einstellung

Zur Einschätzung der Verbreitung und Stärke der rechtsextremen Einstellung wurden die Experten und Expertinnen erst allgemein befragt, und dann nach den unter 1.2 genannten Dimensionen (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer Diktatur). Demgegenüber wurde auch der Eindruck der Akzeptanz der Demokratie im Umfeld der Befragten erbeten. Den Befragten wurden in einem dem Fragebogen angehängten Glossar Beispiele für Aussagen mit entsprechendem Inhalt vorgestellt.

Tabelle 2.2.4.1: **Einschätzung Rechtsextremismus**

Frage 1: Wie schätzen Sie die allgemeine Situation in der Stadt Siegen hinsichtlich des Rechtsextremismus ein?
Tendenz rückläufig
bisweilen virulent
mittleres Zulaufpotential, Tendenz fallend
leider Randgruppen vorhanden
relativ gut organisierte «rechte Szene» (FNSI, NPD etc.), die von jüngeren Personen geprägt ist
aktive Neonaziszene und Einwirkungen von Neonazigruppen aus Hessen
Lokalpresse ignoriert die Ereignisse
in Siegen existiert eine feste Gruppe von Rechtsextremen; Übergriffe oftmals von den Betroffenen nicht zur Anzeige gebracht, da sie Angst haben
Rechtsradikalismus hoffähig
meist verdeckt (Vorurteile ...)
weit verbreitet
rechtsextreme Einstellungen sind weit verbreitet, werden offen in den ländlichen Bereichen des Siegerlandes gezeigt

Die Lage zum Rechtsextremismus allgemein wird von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt, vor allem hinsichtlich der Sichtbarkeit differieren die Bewertungen. Insgesamt wird aber eine Bedrohung wahrgenommen, die vom Rechtsextremismus in seiner organisierten Form ausgeht.

Dieser Frage nach der globalen Einschätzung folgten Freitextfelder zu spezifischen Aspekten des Rechtsextremismus. Hier hatten die Befragten zudem die Möglichkeit, auf einer Skala von «gar nicht» bis «sehr stark» ein Kreuz zu machen, um so die Stärke der Ausprägung intuitiv zu markieren. Da diese Skala exakt eine Länge von 10 cm hat, ist eine metrische Auswertung möglich. Hierfür wird mittels einer Lineals der Abstand des gesetzten Kreuzes zum «Nullpunkt», also der Ausprägung «gar nicht» bestimmt. Wird das Kreuz bei diesem Pol gesetzt, erreicht das erfragte Merkmal eine Ausprägung von «0». Gibt es keine Angabe auf der Skala, geht diese nicht in die Auswertung ein. Bevor die Ergebnisse der Freitextfelder vorgestellt werden, sind in Tabelle 2.2.3.2 Mittel- und Extremwert entlang einer Skala zwischen den Polen «gar nicht» (= «0») und «sehr stark» (= «10») wiedergegeben.

Tabelle 2.2.4.2:

Einschätzung der Verbreitung rechtsextremer Einstellung in den Dimensionen sowie der Akzeptanz der Demokratie «0» = gar nicht, «10» = sehr stark

	Ausländerfeindlichkeit	Antisemitismus	Sozialdarwinismus	Nationalismus	Verharmlosung des Nationalsozialismus	Befürwortung einer Diktatur	Akzeptanz der Demokratie
Mittelwert	2,7	1,2	1,9	2	1,6	1,6	3,1
maximaler Wert	9,3	5	6,8	9,7	8,6	8,6	8,7

Aus Sicht der Befragten stellt sich die Ausländerfeindlichkeit als größtes Problem in Siegen dar. Hierfür spricht, dass die Ausprägung der Ausländerfeindlichkeit über die Gruppe hinweg, also im Mittelwert, am stärksten wahrgenommen wird. Berücksichtigt man als weitere Kennziffer den höchsten erreichten Wert, so stützt das den Befund. Ähnlich hohe Werte erreichen sowohl die Einschätzung der sozialdarwinistischen als auch der nationalistischen Einstellungen. Relativ zu den anderen Dimensionen sind hier die stärksten Ausprägungen zu finden. Allerdings schlägt das «Pendel» beim Sozialdarwinismus nicht so deutlich aus.

Die Akzeptanz der Demokratie «wie sie in der Bundesrepublik praktiziert wird», ist in der Bevölkerung nach Einschätzung der Befragten stärker als die rechtsextremen Einstellungsmerkmale ausgeprägt. Allerdings ist hier die Spannbreite der Antworten beachtenswert. Der minimale Wert der Akzeptanz («0») wird hier erreicht, keinesfalls aber der maximale Wert.

Nach dieser Übersicht kann die Hypothese aufgestellt werden, dass die Ausländerfeindlichkeit als Einstellungsmerkmal aus Sicht der befragten Expertinnen und Experten das größte Problem darstellt. Dieser Befund würde die Ergebnisse aus repräsentativen, bundesweit durchgeführten Erhebungen stützen, die in der Ausländerfeindlichkeit eine «Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus» sehen (Decker et al. 2010). Die ausländerfeindliche Einstellung bietet sich Rechtsextremen als «Brückenfunktion» an, wie die entsprechenden Parteien und Organisationen frühzeitig erkannt haben.

Aber auch die Ausprägungen in den Kategorien «Sozialdarwinismus» und «Nationalismus» geben zu denken. Zur weiteren Interpretation soll auf die Freitextfelder der Fragebögen zurückgegriffen werden.

Tabelle 2.2.4.3: Antworten auf Frage 2 a, Ausländerfeindliche Einstellung

Frage 2. a: Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach ausländerfeindliche Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?
Diese zeigen sich sowohl bei Jugendlichen, als auch bei Eltern und Pädagogen.
latente Angst vor einer möglichen Dominanz des Islam
Beispiele: Zustimmung zu den Thesen Thilo Sarrazins, Ablehnung des Schulbesuchs bestimmter Schulen mit Hinweis auf hohen Ausländeranteil, Forderung, dass Ausländer sich anzupassen haben
nicht unbedingt offen als vielmehr latent
Ausländerfeindliche Einstellungen sind in unserem Verein nicht oder nur vereinzelt vorhanden.
ziemlich verbreitet
im beruflichen Umfeld wenn, dann nur versteckt, da wir natürlich klare Positionen haben und die Menschen dieses auch wissen
Antipathie gegen Frauen mit Kopftüchern
einige, die auf Grund negativer Erfahrungen mit anderen/ausländischen Jugendlichen Vorbehalte haben

Entsprechend der Skalen-Einschätzung wird die Ausländerfeindlichkeit auch qualitativ als großes Problem beschrieben. Das in den Medien und von Politikern auch demokratischer Parteien häufiger aufgegriffene Reizthema «Kopftuch» kann als solches qualitatives Moment verstanden werden. Es macht die projektive Aufladung der Ausländerfeindlichkeit sichtbar (vgl. Kapitel 1.5) und verständlich, warum es von rechtsextremen Parteien und Organisationen häufig verwendet wird.

Tabelle 2.2.4.4: Antworten auf Frage 2 b, Antisemitische Einstellung

Frage 2. b: Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach antisemitische Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?
«Palästinenserfrage»
Israels Haltung gegenüber den Palästinensern wird sehr stark hinterfragt.
Ich kenne niemanden, der offen «antisemitisch» auftritt. In wieweit Antisemitismus als Kritik an der Politik der israelischen Regierung [...] auftritt, ist mir nicht immer klar.
sehr vereinzelt
Aufgefallen ist mir, dass vor ein paar Jahren die ersten «Judenwitze» wieder auftauchten [...]. Und dass, obwohl die Kinder gar keine Juden kennen.
durch Flugblätter, die in den Briefkasten geworfen werden
ein Teil meiner Kunden ist schon antisemitisch
kaum wahrnehmbar

Die Einschätzung der Experten und Expertinnen stellt den Antisemitismus nicht in den Vordergrund des Rechtsextremismus in Siegen. Dabei fällt aber – ähnlich wie bei den metrischen Angaben – auf, dass in Einzelfällen doch ein deutliches Problem gesehen wird. Möglicherweise befindet sich der Antisemitismus derzeit in einer Kommunikationslatenz und tritt hinter die Ausländerfeindlichkeit, insbesondere die Islamfeindschaft zurück.

Tabelle 2.2.4.4: Antworten auf Frage 2 c, Sozialdarwinistische Einstellung

Frage 2. c: Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach sozialdarwinistische Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?
Nach meiner Einschätzung fühlt man sich z. B. gegenüber Afrikanern überlegen.
Definition eher: «Sozial niedrig Stehende sind selbst schuld/rauchen u. Trinken zuviel, können nicht mit Geld umgehen/sind zu passiv/nicht ehrgeizig genug» usw.
gegenüber Hartz IV-Empfängern
größer werdender Konkurrenzkampf – besonders bei Jungen; «Dissen»
Vorurteile bezüglich der «vererbten Intelligenz» und der damit verbundenen Chancenungleichheit
marktwirtschaftlich System: sehr ausgeprägt
Bereich des Gesundheitswesens: dass Leben in einem solchen Zustand keinen Wert hat

Der Entsolidarisierung und Biologisierung von gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen ist eine Erscheinungsform der rechtsextremen Einstellung, und als solche haben die Befragten ihr große Bedeutung beigemessen. Das spiegelt sich auch in der qualitativen Beschreibung wieder. Nicht nur Migrantinnen/Migranten sind von Diskriminierung bedroht, sondern auch – das wird in den Freitexteinträgen benannt – zunehmend mehr Menschen in prekären Lebenslagen. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft zeige sich auch in der Schuldzuweisung auf die Betroffenen, welche sie für ihre soziale Lage selbst und alleinig verantwortlich macht und damit die Gesellschaft von derselben freispricht.

Tabelle 2.2.4.5: Antworten auf Frage 2 d, Nationalistische Einstellung

Frage 2. d: Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach nationalistische Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?
Europafeindlichkeit («Wir als Nation haben bald nichts mehr zu sagen!»)
übersteigertes Nationalgefühl (siehe Griechenland und die Eurokrise), wobei nicht klar ist, was ist angstintendiert und was nationales «Überlegenheitsgefühl»
vereinzelt in Zusammenhang mit der Euro-Diskussion, den Sparprogrammen u. ä.
in Zusammenhang mit der Euro-Diskussion, den Sparprogrammen u. ä.

Der Nationalismus als übersteigerte Verehrung der eigenen Nation bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen nimmt in der Wahrnehmung der Befragten im Alltag geringen Raum ein. Bemerkbar macht er sich vor allem in der aktuellen Debatte um die Krise des europäischen Wirtschaftsraums. In den Sozialwissenschaften ist oft beobachtet worden, dass Krisen entweder den Nationalismus oder den Wirtschaftschauvinismus stimulieren. Hier tritt dann eine auch sonst verbreitete Einstellung offen zu Tage. Für die aktuelle Krise würde das bedeuten, dass sie lediglich die Motive für eine verbreitete Einstellung lieferte.

Tabelle 2.2.4.6: Antworten auf Frage 2 e, Verharmlosung des Nationalsozialismus

Frage 2. e: Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach Nationalsozialismus verharmlosende Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?
Nationalsozialismus verharmlosende Einstellungen sind vereinzelt
durch ältere Menschen
ziemlich: Kriegsbefürworter, Parteienverdrossenheit
Krieg als Problemlöser, d. h. etliche Kriegsbefürworter
überhaupt nicht
Hitler z. B. sehr salonfähig seit ca. 2 Jahrzehnten als Thema in Kabarett- und Comedyprogrammen im TV/Radio. → Dieser «Umgang» mit Nazizeit und Nazigrößen erreicht auch die tägliche Kommunikation/Konversation im zumindest privaten Umfeld.

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus scheint in der Bevölkerung wenig vertreten zu sein. Die Befragten stellen lediglich die Kriegsbefürwortung in diesen Kontext, die sie eher von älteren Menschen aus ihrem Umfeld kennen. Dabei stellten sich aber einige Experten/Expertinnen die Frage, ob sich durch die zunehmenden ironisierenden Verweise auf Nazi-Deutschland schleichend eine Relativierung der Geschichte einstellt.

Tabelle 2.2.4.7: Antworten auf Frage 2 f, Befürwortung einer Diktatur

Frage 2. f: Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach diktaturbefürwortende Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?
«konzentrierte Stärke» wird am ehesten verbreitet sein
sehr vereinzelt
Durch Äußerungen wie: «Es fehlt ein starker Mann», der sagt, wo es lang geht. Die heutige Regierung nimmt man als zu schwach wahr.
Personen wünschen sich klare und durchsichtige Strukturen innerhalb der Politik. Häufig kommt die Aussage: «Wir brauchen jemanden, der uns führt.» Eine Diktatur möchten jedoch die wenigsten.
zunehmend; manche SchülerInnen rufen nach der «starken Hand»
der Wunsch nach einem starken Führer in dem Maße zunimmt, als dass die Politiker es nicht schaffen, die aktuellen Probleme zu bewältigen und die Schuldenkrise auf dem Rücken der Bevölkerung abgeladen wird

Die Befürwortung der Diktatur als Regierungsform kommt nach Einschätzung der Befragten vor, allerdings eher unreflektiert als tatsächlich in einer intendierten Form. Forderungen nach «einer harten Hand» oder «einem starken Mann» sind den Befragten bekannt. Aber es entsteht der Eindruck, dass diejenigen, über die berichtet wird, keinen Begriff davon haben, dass ihre Einstellung antidemokratisch ist.

Dass insbesondere die wirtschaftliche Krise als Grund für eine Abwendung von der Demokratie benannt wird, macht das Problem deutlich. Zusammen mit dem angedeuteten Wirtschaftschauvinismus zeigt sich Wirtschaft bzw. Wohlstand als ein Wert, der diktatorische Regierungsformen legitimiert und demokratische als obsolet bewertet. Es stellt sich die Frage, welche Gefahr von dieser in der Mitte und keinesfalls am Rande der Gesellschaft vorherrschenden Einstellung auf Dauer ausgeht – also mit Blick auf kommende Krisenzeiten.

Tabelle 2.2.4.8: Antworten auf Frage 3, Akzeptanz der Demokratie

Frage 3: Wie schätzen Sie die Akzeptanz von Demokratie, wie sie in Deutschland praktiziert wird, in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld ein?
Insgesamt habe ich den Eindruck, dass auf konkrete Fragen hin die Demokratie bejaht wird. Der Wert der Demokratie scheint vielen aber nicht präsent zu sein. Bsp.: «Wahlmüdigkeit», Desinteresse im Politikunterricht, mangelnde politische Informationen/Bildung
Ich erlebe im Beruf, dass echte demokratische Strukturen (Klassenrat) Zeit und Empathie erfordern; beides ist oftmals «zu anstrengend». Themen werden nicht ausdiskutiert.
Etliche meiner Verwandten, Freunde und Kollegen würden sich mehr plebiszitäre Elemente wünschen, zumindest ein Volksbegehren auf Bundesebene in zentralen Fragen.
Demokratie wird oft als zu fremdbestimmt und abstrakt wahrgenommen, Akteure in der Politik wird Eigennutz unterstellt
mittelmäßig: «Politikverdrossenheit»
sehr gering: Parteienverdrossenheit, Desinteresse an Wahlen, Kritik an der Schere zwischen reich und arm
Desinteresse an Wahlen, «Parteiengeklüngel», Politik nur für Reiche und die Wirtschaft
Desinteresse an Wahlen, Politik für die Reichen/Wirtschaft
Die Akzeptanz der Demokratie ist sehr hoch, die Akzeptanz der Parteien nicht

Offensichtlich korrespondiert die Bereitschaft, bei ungünstigen Bedingungen demokratische Verfahrensweisen außer Kraft zu setzen, mit einem Unverständnis genau dieser demokratischen Grundlagen. Zwar wird die Demokratie – so ist es die Wahrnehmung der Expertinnen und Experten – im Großen befürwortet. Aber im Detail besteht weder Interesse, an ihr teilzuhaben, noch eine Akzeptanz der vorherrschenden Partizipationsmöglichkeit (Wahlen). Darüber hinausgehende demokratische Grundrechte (Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit) werden nicht als Wert gesehen oder andere (Religionsfreiheit) nicht berücksichtigt.

3. Ressourcenanalyse

Die Stadt Siegen initiierte bereits verschiedene Projekte, die als Ressourcen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus angeführt werden können. Diese Projekte sind bereits intentional als Bestandteil der Zivilgesellschaft aufgelegt worden oder in diese eingebunden bzw. einzubinden. Nach einer Übersicht über eine Auswahl dieser Projekte werden auch zivilgesellschaftliche Initiativen vorgestellt. Im Anschluss erfolgt die Auswertung der Einschätzung der vorhandenen Ressourcen durch die Experten/Expertinnen.

3.1 Auswahl bestehender Strukturen

In der Stadt Siegen existieren gut etablierte Strukturen für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie. Es handelt sich teilweise um von der Stadt selbst initiierte und getragene, teilweise um von ihr unterstützte und teilweise aus ihrer Bürgerschaft erwachsene Projekte. Mit ihnen werden die Bemühungen um ein demokratisches Miteinander in der Stadt Siegen sichtbar. Es sind wichtige Ressourcen und bieten Anknüpfungspunkte für die weitere Arbeit gegen Rechtsextremismus. Eine Auswahl soll im Folgenden dargestellt werden (vgl. auch Fußnote 14).

Als eine im engeren Wortsinn basale und seit Jahrzehnten bestehende Struktur zur Arbeit gegen Ausländerfeindlichkeit können die Städtepartnerschaften gelten. Die Stadt Siegen ist mit zwei innerdeutschen (Berlin-Spandau, Plauen) und vier europäischen Städten (Katwijk, Niederlande; Leeds, Großbritannien; Ypern, Belgien; Zakopane, Polen) eine Partnerschaft eingegangen. In diesem Rahmen fördert und veranstaltet sie Begegnungsprojekte, welche der Verständigung zwischen den Bürgern/Bürgerinnen dienen und geeignet sind, Vorurteile abzubauen.

Darüber hinaus ist die Stadt Siegen seit dem 15.10.2008 als eine von 19 bundesdeutschen Städten Mitglied der UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus. Durch den Beitritt zur Koalition verpflichtete sich Siegen zur Umsetzung eines Maßnahmenkatalogs, der auf dem gemeinsamen Aktionsplan basiert, der für alle europäischen Mitgliedsstädte gültig ist. Dieser Aktionsplan beinhaltet die folgenden Punkte:

1. Eine verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Die Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Die Mitglieder der Städte-Koalition verpflichten sich, dem Lenkungsausschuss alle zwei Jahre einen Bericht über die Maßnahmen zur Implementierung des Zehn-Punkte-Aktionsplans zuzuleiten. Es wurde bei der Stadt Siegen im Juni 2010 eine halbe Planstelle zur Umsetzung der Ziele geschaffen. Eine wesentliche Aufgabe ist die Bildung eines Netzwerkes zur Förderung der zielgruppenübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit in der Kommune sowie die Vernetzung der kooperierenden Vereine. Die kooperierenden Einrichtungen von freien, kirchlichen und städtischen Trägern haben sich in unterschiedlichen Arbeitskreisen mit inhaltlichen Schwerpunktsetzungen organisiert (Siegener Bündnis für Demokratie, Zielgruppenübergreifende Antidiskriminierungsarbeit in der Kommune, Arbeitskreis muslimische Mädchen, Sozialraumteams, Verbund der Migrationsdienste).¹⁴

Die Vernetzung kann auf bereits länger bestehende, stadtnahe Einrichtungen aufbauen. Der Stadtjugendring Siegen vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen bzw. Jugendorganisationen. Er verfügt mit dem Veranstaltungsort «BlueBox» über ein eigenes Zentrum. Neben der Interessensvertretung gewährleistet der Stadtjugendring mit dem Schüler- und Jugendparlament eine Möglichkeit zur demokratischen Partizipation und damit auch ein essentielles Element des Erfahrungslernens. Auch werden internationale Jugendbegegnungen organisiert. Das Antidiskriminierungsbüro Siegen fungiert als Beratungsstelle für Opfer ethnischer Diskriminierung. Darüber hinaus werden interkulturelle und antirassistische Fortbildungen für Polizisten angeboten und der Siegener runde Tisch «Dialog der Religionen» sowie eine Veranstaltungsreihe zum Verhältnis von Sport und Rassismus organisiert.

¹⁴ Zum 1.10.2010 waren in den Initiativen dieses Netzwerkes folgende Institutionen und Organisation vertreten: AStA der Uni Siegen, DGB Region Südwestfalen, IG Metall SI, IG Bau, IGBCE, Gewerkschaft NGG, GEW SI, Gdp SI, Ver.di SI, Vertreter/Vertreterinnen von CDU, SPD, UWG, FDP, die Linke, Bündnis 90/die Grünen, DKP, Integrationsrat SI, Juso HG SI, Grüne Jugend SIWI, Linksjugend (solid), Stadt Siegen (Stadtjugendring), Kreis Siegen (Kreisjugendring), Bürgermeister Stadt Siegen, Landrat Kreis Siegen-Wittgenstein, VVN-BdA SIWI, BI «Flick ist kein Vorbild», Schulen (Projektteilnehmer «Schule ohne Rassismus»), Polizei Siegen-Wittgenstein, Aktives Museum Südwestfalen, Apollo Theater, Evangelische Kirchenvertreter, Katholische Kirchenvertreter, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Ökumenische Aktionsgruppe für EINE WELT, KAB SI, Schwule Initiative Siegen e.V., TRANSNET SI, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland e.V., Gustav Heine-mann Friedensstiftung, Eine Welt Forum, VAKS e.V., Der Paritätische SIWI, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Siegen, AWO KV SIWI/OE, Frauen helfen Frauen, Diversity e.V., ALTERAktiv Siegen-Wittgenstein e.V., Handeln statt Misshandeln e.V., Institut für Kirche und Gesellschaft, Bildungswerk Sieg Lahn, GEB, Ev. Jugendhilfe Friedenshort, Jugendhilfe Plan B, Sozialdienst katholischer Frauen.

Die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) der Stadt Siegen arbeitet mit Schulen und außerschulischen Einrichtungen, Trägern und Verbänden zusammen, initiiert und unterstützt Maßnahmen zur Förderung im schulischen und außerschulischen Bereich und bietet umfangreiche Beratungs- und Vermittlungsleistungen an (z. B. zu Bildungs- und Ausbildungswegen, zu geeigneten Betreuungs- und Fördermaßnahmen im schulischen und außerschulischen Bereich, zum Seiteneinstieg), stellt Unterrichts- und Informationsmaterial bereit und organisiert Fortbildungen, Seminare und themenbezogene Projekte.

Mit dem Integrationsrat hat die Stadt Siegen eine eigenständig arbeitende demokratische Interessensvertretung für Migranten/Migrantinnen in Siegen geschaffen. Das Gremium setzt sich aus 7 Ratsmitgliedern und 21 für 5 Jahre gewählten Mitgliedern zusammen, von denen 14 direkt von der nicht-deutschen Bevölkerung gewählt werden. Der Integrationsrat kann sich mit allen Angelegenheiten in der Stadt Siegen befassen und ist berechtigt, dem Rat und seinen Ausschüssen sowohl Anregungen als auch Stellungnahmen zur Beratung vorzulegen. Er kann sachkundige Ausschuss-Mitglieder benennen und gegenüber der Öffentlichkeit eigenständig auftreten.

Parallel dazu beteiligen sich verschiedene Schulen in der Stadt Siegen an dem Projekt «Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage» (SOR). Die Initiative der SOR wird durch verschiedene Träger finanziert und richtet sich an verschiedene Schultypen. Schulen, die diesen Titel beantragen, werden Teil des entsprechenden bundesweiten Netzwerkes und gehen eine Selbstverpflichtung ein. Die Aufnahme in das Netzwerk wird von der Schule und insbesondere von mehr als 70 % ihrer Mitglieder (Schüler/Schülerinnen, Lehrer/Lehrerinnen und technisches Personal) beantragt und geht mit der Verantwortung für zukünftige Arbeit gegen Diskriminierung einher. In Siegen war diese Initiative an fünf Schulen erfolgreich (Realschule am Oberen Schloß, Evangelisches Gymnasium Siegen-Weidenau, Krankenpflegeschule des Krankenhauses, Gymnasium am Löhrtor, Gymnasium Auf der Morgenröthe).

Als zivilgesellschaftliche Akteure treten zahlreiche Verbände in Erscheinung (vgl. Fußnote 14). Als langjährige Initiative gegen Rechtsextremismus und für Demokratie ist der Verein der Verfolgten des Naziregimes/Bund deutscher Antifaschisten (VVN/BdA) in Siegen aktiv.

3.2 Wahrnehmung der Ressourcen

Von 20 Vereinen, welche sich an der Befragung beteiligt haben, betreiben 11 Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, 9 geben an, diese bisher nicht vorgesehen zu haben. Dabei gehen dieselben Vereine, welche präventiv tätig sind, auch Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren ein.

Von den 14 befragten Schulen leisten 7 aktive Präventionsarbeit, in den anderen ist sie nicht systematisch vorgesehen. Die präventiv arbeitenden Schulen sind ebenfalls Kooperationen eingegangen.

Tabelle 3.1 gibt einen Überblick über die genannten Projekte der Präventionsarbeit. Nicht aufgenommen wurden allgemeine Erziehungs- oder Vereinsziele wie «Toleranz fördern».

Tabelle 3.1: Beispiele für Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

Frage 10: Welche Prävention gegen Rechtsextremismus betreibt Ihre Institution?
das Festival der Kulturen
Veranstaltungen mit Mitgliedsorganisationen zum Thema Integration
Ausstellungen, Veranstaltungen
Theateraufführungen
Schule ohne Rassismus
Veranstaltungen zu gewaltfreier Kommunikation, Mobbing, Teilnahme an Veranstaltungen des «Bündnisses für Demokratie»
Anti-Rassismus-AG, Tag der Kulturen

Der größere Anteil der genannten Maßnahmen ist projektorientiert, während ein kleinerer der Veränderung der Strukturen dient (Implementierung von Strukturen zur Demokratisierung der Schule). Die Wirkung der Maßnahmen beschreiben alle Befragten als sehr schwer bis gar nicht einschätzbar. Insbesondere besteht die Sorge, dass die ergriffenen Maßnahmen vornehmlich diejenigen erreichen, die bereits sensibilisiert sind.

Tabelle 3.2: Bewertung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

<i>Frage 12: Wie bewerten Sie die Aktivitäten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bzw. für Toleranz und Demokratie in der Stadt Siegen?</i>
für mich noch zu wenig, vor allem zu wenig öffentlich
positiv – das stärkt die Zivilgesellschaft und wirkt in die Schulen hinein; Zielgruppe der Jugendlichen ist mir wichtig – insofern eine pädagogische Aufgabe
große Kundgebungen, Workshops oder Seminare sind nicht nachhaltig genug
Wenn ich ehrlich sein soll: Ich denke, dass die Institutionen und Vereine mit dem Problem allein gelassen werden. Durch ständige Personal- und Budgetkürzungen werden Kräfte überstrapaziert und die Aktivitäten von engagierten Mitarbeitern und willigen Unternehmen abhängig gemacht. Meines Erachtens ist die aber Aufgabe eines Sozialstaates!
Städtekoalition gegen Rassismus positiv

Die Resonanz auf die Unterstützung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus durch die Stadt fällt durchaus positiv aus, allerdings werden auch deutliche Defizite genannt.

Problematisch erscheint die finanzielle Ausstattung der zumeist nur auf Projekte bezogenen Förderungen, Mittel zur dauerhaften Implementierung demokratischer Strukturen in den Einrichtungen stehen nicht zur Verfügung. So wird generell, nicht nur im Hinblick auf die Finanzmittel, die Nachhaltigkeit der Maßnahmen eher negativ bewertet.

Tabelle 3.3: **Erwartungen an den Lokalen Aktionsplan**

Frage 13: Welche Erwartungen knüpfen Sie an einen Lokalen Aktionsplan in Siegen?
Lokale Aktionspläne sind eine gute Sache, aber leider nur ein kleiner Teil.
eventuell, dass sich die Politik ernsthafter mit dem Thema auseinandersetzt und damit Flagge zeigt
mehr Mittel für pädagogische Arbeit
mehr Aktivität seitens der Stadt
mehr Gelder [...] für Projekte; mehr Öffentlichkeitsarbeit!
mehr finanzielle und personelle Mittel, mehr Nachhaltigkeit

Entsprechend sind auch die Erwartungen an den Lokalen Aktionsplan nicht zuletzt auf eine bessere finanzielle Ausstattung gerichtet. Die Experten und Expertinnen erhoffen sich, dass sich die gegenwärtigen Situation in der Stadt Siegen dahingehend ändern möge, dass die öffentliche Wahrnehmung des Rechtsextremismus zunimmt und die Arbeit gegen das Problem künftig mehr Unterstützung erfährt.

4. Abschluss und Handlungsempfehlungen

Die Experten und Expertinnen wurden nach konkreten Projektvorschlägen befragt. Die vielfältigen Antworten sind in Tabelle 4.1 zusammengefasst. Die häufig genannte Forderung nach einer besseren Vernetzung der Arbeit ist oft mit einem wichtigen Hinweis versehen: Die Vernetzung dürfe sich nicht auf die zivilgesellschaftlichen Akteure innerhalb Siegens beschränken, da das Netzwerk der Rechtsextremen überregional organisiert sei. Darauf müsse man reagieren. Darüber hinaus empfehlen die Befragten eine begleitende Evaluation der Projekte, mit Rückkoppelung an die Projektverantwortlichen und Durchführenden, um die Nachhaltigkeit der solcherart gewonnen Erfahrungen zu gewährleisten.

Tabelle 4.1: **Vorschläge für einen Lokalen Aktionsplan Siegen**

Frage 14: Bitte beschreiben Sie ein Einzelprojekt, das im Rahmen des Lokalen Aktionsplans durchgeführt werden könnte.
einmal jährlich einen großen Antirassismus-Tag in Siegen durchführen, an dem sich Gruppen, Vereine usw. vorstellen können
Vernetzung
internationale Jugendbewegung (z. B. mit Türkei) stärken
Städtepartnerschaften vertiefen
1 Tag in einer anderen Familie – Erfahrungen mit anderen Lebensweisen
mehr Begegnungen von Eltern unterschiedlicher Herkunft an Schulen
Grundschulen in die Prävention einbeziehen
Rechtsextremismus ist eine Bildungsfrage. Dies fängt im Kindergarten an. Mehr ErzieherInnen mit Migrationshintergrund anwerben / ausbilden / einstellen!
lokale Netzwerke der Zusammenarbeit von Medien
Koordination durch eine städtische Arbeitsstelle (eventuell regional, Kreis) in enger Kooperation mit den aktiven Gruppen
Inklusions-Arbeitsstelle
keine Ghettos entstehen zu lassen
Rechtsextremismus in meinem Stadtteil? (z. B. mit Fragenaktion, Fotocollage, Interviews mit Zeitzeugen oder Podiumsdiskussionen) → übergreifende Ausstellung im Kreishaus

Über diese Nennungen hinaus lassen die Ergebnisse der vorliegenden Analyse weitere Schritte angeraten erscheinen. Der nun folgende Maßnahmenkatalog ist die Schlussfolgerung der Situations- und Ressourcenanalyse in der Stadt Siegen. Die empfohlenen Maßnahmen sind nach Handlungsfeldern gegliedert und auf den Ausbau bzw. die Ergänzung bereits bestehender Aktivitäten gerichtet.

Arbeit gegen Rechtsextremismus ist immer und vordringlich Arbeit für eine demokratisch verfasste Gesellschaft. Dass Demokratie kein Sockel ist, der einmal erreicht nicht mehr bedroht wäre, wird immer wieder deutlich. Die Arbeit an der Demokratie ist die notwendige Voraussetzung für ihren Fortbestand. Bereits jetzt treten neonazistische Gruppen offen als Opposition gegen das demokratische System auf und setzen ihre Gewaltbereitschaft u. a. gegen zivilgesellschaftliche Projekte und ihre Protagonisten ein. Gerade mit Blick auf die stabile Existenz dieser Gruppen in Siegen und im Siegerland gilt es, ihnen auch mit repressiven ordnungspolitischen und strafrechtlichen Maßnahmen zu begegnen.

Das allein reicht aber nicht aus. Für eine nachhaltig erfolgreiche Arbeit gegen den Rechtsextremismus bedarf es einer integrierten Strategie. Verschiedene Interventionsansätze müssen darin gebündelt werden: Sozialarbeiterische Zugänge gehören genauso zu den notwendigen Maßnahmen, wie schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Jenseits der pädagogischen Intervention bedarf es einer engen Vernetzung der städtischen und kreisnahen Aktivitäten.

Ganz allgemein muss die Finanzierung der Arbeit gegen Rechtsextremismus auch als Kernbestandteil der Demokratie sichtbar werden. Voraussetzung ist die dauerhafte Übernahme von Verantwortung durch die Stadt, etwa in Form der Implementierung einer unbefristeten Planstelle zur Koordinierung der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Daneben sollte den Schulen die Möglichkeit angeboten werden, ihre Demokratie-Arbeit/Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verstätigen, beispielsweise durch Lehrer/Lehrerinnen, die langfristig jeweils eine Hälfte ihrer Arbeitszeit diesem Arbeitsbereich widmen können. Das würde den Schulen eine langfristige Planung ermöglichen. Nur so ist im Grunde eine dauerhafte Implementierung sowohl demokratischer Strukturen als auch entsprechender Inhalte (etwa im Fachunterricht) zu gewährleisten.

Ausländerfeindlichkeit bekämpfen

Ein Ergebnis der vorliegenden Situationsanalyse ist es, dass die Ausländerfeindlichkeit das größte Problemfeld für die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Siegen darstellt. Rechtsextreme Organisationen und Zusammenschlüsse versuchen vor allen Dingen mit rassistischen Parolen Aufmerksamkeit zu erlangen und für ihre Ziele zu werben. Dadurch, dass die ausländerfeindliche Einstellung in der Bevölkerung verbreitet ist – und das auch in Teilen akzeptiert zu sein scheint – haben die rechtsextremen Gruppen mit ihrer Propaganda durchaus Aussicht auf Erfolg. Ausländerfeindlichkeit ist in all ihren Erscheinungsformen die «Einstiegsdroge» in den Rechtsextremismus. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss sich daher nicht nur gegen die ausdrücklich rassistisch auftretenden rechtsextremen Gruppierungen richten, sondern

auch sichtbar machen, welche Positionen des Alltagsbewusstseins bereits ausländerfeindlich sind und wo es zu strukturellen verankerten Benachteiligungen, also strukturellem Rassismus kommt. Die ungleichen Bildungschancen für Kinder aus Migrationsfamilien machen ein hohes Maß an Diskriminierung in der bestehenden Gesellschaft deutlich, ohne dass hierfür rechtsextreme Gruppen verantwortlich gemacht werden könnten. Auch der unterschiedliche Zugang zu Wohnraum für Migranten/Migrantinnen kennzeichnet das Phänomen eines strukturell verankerten Rassismus. Dem ist durch ein Migrations-Mainstreaming zu begegnen, in dem die Ursachen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten erkannt werden können, anstatt sie zu individualisieren oder zu ethnisieren.

Diskriminierung verhindern

Mit dieser Arbeit gegen die Ausländerfeindlichkeit geht die Etablierung einer Kultur der Anerkennung einher (Honneth 2001). Demokratie kann und darf nicht nur hinsichtlich formaler Kriterien definiert werden, wie etwa Presse- und Religionsfreiheit, freie Wahlen und Versammlungsfreiheit, sondern muss sich in den sozialen Beziehungen manifestieren. Eine plurale und demokratische Gesellschaft kann nicht dabei stehen bleiben, ausländerfeindliche Resentiments als solche zu benennen und zu ächten, sondern muss auch prüfen, welche Konflikte der Gesellschaft zu diesen projektiven Aufladungen geführt haben, die letztlich zu Lasten der schwächeren Gruppe – nämlich der stigmatisierten Migranten/Migrantinnen – gehen. Eine Kultur der Anerkennung des Fremden bedeutet nicht nur, die spezifische Wahrnehmung von Migranten/Migrantinnen auf gesellschaftliche Konflikte zurückzuführen, sondern auch generell die Stigmatisierung von Randgruppen als eine Aberkennung ihrer individuellen Rechte zu begreifen. Hierzu gehört auch die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den zu Grunde liegenden rassistischen Motiven und dem «Shift» bei diesen Motiven. Die Konstruktion des Fremden ist nämlich zeitabhängig, weist also eine gewisse Variabilität auf. Aber ob es nun Juden oder Muslime sind, die als fremd wahrgenommen werden – eine Wahrnehmung, die mit einem Bedrohungsleben einhergeht – ist in der psychischen Funktion und der antidemokratischen Grundhaltung identisch.

Ein sinnvoller Schritt wäre hier die Prüfung, welche strukturell-rassistischen bzw. diskriminierenden Strukturen in den Behörden und in der Verwaltung existieren. Diese können beispielsweise durch die Erweiterung der interkulturellen und fremdsprachlichen Kompetenz der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen wirksam abgebaut werden.

Der Entsolidarisierung entgegenarbeiten

Die Ausländerfeindlichkeit ist nicht der einzige Marker für den Verlust an demokratischem Miteinander, es gibt in der Stadt Siegen diverse weitere Problemfelder. Die beständige Gefahr, in der Gesellschaft oder in ihren Institutionen zum Objekt der Stigmatisierung zu werden, macht die Ausländerfeindlichkeit in Teilen zum Sonderfall einer ganz allgemeinen Drohung, diskriminiert zu werden. Als bekannteres Beispiel kann hierfür die Diskriminierung von Leistungsempfängern genannt werden. Gesellschaftliche Entwicklungen wie etwa der Umbau der Arbeitsgesellschaft und ihre Verrechnungskosten (Prekarisierung) werden zum Problem von Individuen gemacht. Diese auch durch staatliche Institutionen vorangetriebene Exklusion legitimiert Diskriminierung und damit letztendlich auch den Rassismus. Die Ghettoisierung führt unabhängig vom der Staatsbürgerschaft zur Stigmatisierung. Eine anerkennungstheoretische und nicht nur formale Definition von Demokratie muss dringend zur Richtschnur für das Handeln von staatlichen oder halbstaatlichen Akteuren werden.

Demokratie mit Leben füllen

In den Experten/Expertinneninterviews wurde die Forderung nach mehr Partizipationsmöglichkeiten aufgestellt. Dabei fiel jedoch gleichzeitig ins Auge, dass die «Politikverdrossenheit» als Problemfeld benannt wurde. Hieraus ergeben sich zwei Konsequenzen: Einerseits müssen die Partizipationsformen ausgebaut werden, andererseits müssen die Menschen in den Stand gesetzt werden, sie auch zu nutzen. Insbesondere der ebenfalls genannte Wirtschaftschauvinismus, verbunden mit dem antidemokratischen Wunsch nach einer klaren Führung, macht die Demokratiedefizite sichtbar. Politikverdrossenheit ist zum Teil auch als Unverständnis demokratischen Miteinanders zu verstehen. Die Forderung «Mehr Demokratie wagen» aufzustellen, beinhaltet aber auch gleichzeitig die Forderung nach einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen, in denen Menschen einen großen Teil ihres Lebens verbringen. Schulen etwa können und müssen als Orte des Demokratielernens vor allem die Möglichkeit zum Erfahrungslernen bieten, beispielsweise durch die Implementierung von offenen Unterrichts- und partizipativen Lernformen. Ansonsten bleibt für die Schüler die Erfahrung aus, wie Demokratie lebendig funktioniert – und die Forderung selbst ein Lippenbekenntnis, das durch undemokratische Organisationsformen in der Gesellschaft konterkariert wird. Wichtige Instrumente zum Demokratielernen an Schulen sind flächendeckende Angebote an Mediation, Konfliktschlichtung und Kommunikationstrainings. Weitere zentrale Bestandteile sind die vermehrte Umsetzung interkultureller Konzepte und die verstärkte Sensibilisierung für die demokratische Erziehung schon an Einrichtungen der frühen Betreuung (Kindertagesstätten).

Öffentlichkeit herstellen

Die befragten Experten/Expertinnen beklagten in den Interviews häufig einen Mangel an Berichterstattung über rechtsextreme Gewalt- und Propagandadaten. Diese Klage wird auch deshalb zu Recht geführt, weil durch die fehlende Öffentlichkeit eine aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in seinen Erscheinungsformen verhindert wird. Die Konsequenzen sind beachtlich: Die Opfer rechtsextremer Gewalt werden als solche nicht anerkannt. Es macht einen Unterschied, ob Personen wegen ihrer politischen Handlungen oder wegen der Konstruktion ihrer Fremdheit zu Opfern von Straftaten werden oder ob sie sich nur der allgemeinen Gefahr, die von Kriminalität ausgeht, stellen müssen. Das Schweigen über rechte Gewalt hat daher eine legitimatorische Qualität: Es suggeriert die Selbstverständlichkeit rechtsextrem motivierter Straftaten. Darüber hinaus setzt eine Dynamik der Schuldzuweisung auf die Opfer ein, wenn deren Erfahrung medial zum Verschwinden gebracht werden, anstatt sie zu kontextualisieren. Im Gegenteil wäre die öffentliche Solidarisierung mit von rechter Gewalt betroffenen Menschen richtig. Auf diesem Weg kann die demokratische und gleichzeitig gewaltfreie Auseinandersetzung über politische Inhalte öffentlich demonstriert werden.

Vernetzung in der Arbeit gegen Rechtsextremismus

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus bedarf eines koordinierten Vorgehens, denn die unterschiedlichen rechtsextremen Organisationsformen weisen ihrerseits einen hohen Grad an Vernetzung auf. Um hierauf zu reagieren, müssen erstens die zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort durch ein Vernetzungsangebot gefördert werden. Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang die Schaffung eines aktiven, aufsuchenden Beratungsangebotes, das die mit rechtsextremen Umtrieben konfrontierten Initiativen, Vereine und Schulen in die Lage versetzt, niedrigschwellig und kurzfristig zu reagieren. Zweitens muss eine Vernetzung in die umliegenden Städte und Gemeinden erfolgen, um der räumlich flexibel agierenden rechtsextremen freien Szene begegnen zu können. Diese Vernetzung der Rechtsextremen ist bereits etabliert, und es gilt nun, zügig entsprechende Gegenstrukturen zu schaffen. Mobile Beratungsteams können durch eine kreisübergreifende Verantwortlichkeit zum Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus werden.

Rechtsextreme Gruppen haben ein großes Interesse daran, gerade Jugendliche für ihre Ziele zu gewinnen. Der Agitation durch rechtsextreme Gruppen auf Schulhöfen und in Jugendgruppen muss durch die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes begegnet werden, das in allen Siegener Schulen gleichermaßen zum Einsatz kommen sollte.

Relativierung rechtsextremer Gewalt verhindern

Die Nennung von verschiedenen «Extremismen», denen die Aufmerksamkeit gleichermaßen gelten müsse, ist allzu häufig mit der Relativierung der rechtsextremen Gewalt und Einstellung verbunden. Faktisch sind jedoch weder die ideologischen Grundlagen von Links- und Rechts-extremen, noch ihre Aktionsformen und ihr Gewaltmaß gleichzusetzen. Die Ungleichwertigkeitsideologie des Rechtsextremismus legitimiert die Gewalt gegen alle als anders wahrgenommenen Personengruppen und führt zu einer Anzahl und Schwere von Gewalttaten gegen Menschen, wie sie von linksextremer Seite nicht zu gegenwärtigen ist. Diese Unterschiede dauerhaft zu verschweigen, läuft auf eine Legimitation der nicht mehr nur als Potential vorhandenen Gewalt von rechts hinaus. Dies gilt auch im Hinblick auf die Einstellung. Die Verbreitung von rechtsextremen Stereotypen in weiten Teilen der Bevölkerung wird damit zu einer weiteren Herausforderung, der nur dadurch zu begegnen ist, dass sie nicht als Randphänomen benannt wird.

Krisenintervention und Opferberatung

Die Stadt Siegen sollte Maßnahmen zur schnellen Reaktion auf die Bedrohung von Jugendarbeitern/innen und anderen Multiplikatoren/Multiplikatorinnen oder Akteuren/Akteurinnen der Zivilgesellschaft ergreifen. Hierzu kann die Erarbeitung eines Leitfadens gehören, der u. a. Ansprechpartner bei der Polizei, Hilfestellungen und Verhaltenstipps für konkrete Situationen auflistet. Gleichzeitig sollte ein niedrighwelliges und parteiisches Angebot für Opfer rechtsextremer Gewalt geschaffen werden, das eine kostenlose Rechtsberatung mit einschließt.

Literatur

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Bourdieu, P. (1987). *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Butterwegge, C. (2002). *Rechtsextremismus*. Freiburg: Herder spektrum.
- Butterwegge, C. (2010). Mittlere Irrtümer. Entgegnung auf Mathias Brodkorb: Warum die Theorie des Extremismus selbst und nicht deren vermeintlicher «Missbrauch» das Problem ist. *Der Freitag* 23, <http://www.freitag.de/datenbank/freitag/2010/23/mittlere-irrt-mer/print> [14.06.2010].
- Decker, O. & Brähler, E. (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen* 42, 8–17.
- Decker, O. & Brähler, E. (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Berlin: FES.
- Decker, O., Brähler, E. & Geissler, N. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O., Niedermayer, O. & Brähler, E. (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, 65–77.
- Decker, O., Rothe, K., Weissmann, M., Geissler, N. & Brähler, E. (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Berlin: FES.
- Decker, O., Weissmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise*. Berlin: FES.
- Erdheim, M. (1987). Zur Ethnopschoanalyse von Exotismus und Xenophobie. In: Ders. (Hrsg.). *Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur*, 258–267. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1988).
- Globisch, C., Pufelska, A. & Weiß, V. (Hrsg.) (2011). *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Goffman, E. (1963). *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt/M.: Suhrkamp (1967).
- Heitmeyer, W. (1987). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa.

- Heitmeyer, W. & Mansel, J. (2008). Gesellschaftliche Entwicklungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände Bd. 6*, 13–35. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hoffmann, A. (Hrsg.) (2010). *Flächenbrand. Extrem rechte Strukturen in der Grenzregion von Westerwald, Mittelhessen und Siegerland*. Berlin: argumente e.V.
- Honneth, A. (2001). Das Werk der Negativität. Eine psychoanalytische Revision der Anerkennungstheorie. In: Bohleber, W. & Drews, S. (Hrsg.). *Die Gegenwart der Psychoanalyse – Die Psychoanalyse der Gegenwart*, 238–245. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hüpping, S. & Reinecke, J. (2007). Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.). *Deutsche Zustände. Folge 5*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Jaschke, H.-G. (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Klärner, A. & Kohlstruck, M. (2006). Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Klärner, A. & Kohlstruck, M. (Hrsg.). *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, 7–41. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kopke, C. & Rensmann, L. (2000). Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45, 1451–1462.
- Link, J. (1991). Links/Rechts, Mitte/Extreme – Metamorphosen einer politischen Landschaft. *kulturRRvolution* 26, 19–24.
- Lipset, S. M. (1959). Der «Faschismus», die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, E. (Hrsg.). *Theorien über den Faschismus*, 449–491. Köln (1984): 1967.
- Peters, J. & Schulze, C. (Hrsg.) (2009). «Autonome Nationalisten». *Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur*. Münster: Unrast Verlag.
- Pettigrew, T. F. & Meertens, R. W. (1995). Subtle and Blatant Prejudice in Western Europe. *European Journal of Social Psychology* 25, 57–75.
- Reader & Projektgruppe (Hrsg.) (1994). *Rechtsextremismus im Siegerland 1988–1994*. Siegen: AStA der Universität Siegen.
- Schickert, P. (2010). Der Fächer des Bösen – Anmerkungen aus Sicht der Zivilgesellschaft. In: Hanneforth, G., Nattke, M. & Schönfelder, S. (Hrsg.). *Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung zwischen Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen*, 19–21. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Stöss, R. (1989). *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Stöss, R. (2010). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: FES.

Waldenfels, B. (1990). *Der Stachel des Fremden*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Zick, A., Küpper, B. & Wolf, H. (2009). Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa. *Material für Pressekonferenz am 13.11.2009, Berlin*.



Fragebogen

für Expertinnen und Experten zum Thema Rechtsextremismus
zur Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse für die Stadt Siegen
im Rahmen des Aktionsplans für das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“

Kontaktdaten

Name der Institution: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Telefon: _____

Name der befragten Person: _____

E-Mail: _____

Sehr geehrte Teilnehmerin, sehr geehrter Teilnehmer,

wir treten an Sie heran, um Ihre Erfahrungen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie aus Ihrer Institution (Schule, Verein, Verband, u.ä.) zu sammeln. Darüber hinaus geht es uns auch um ihre persönliche Wahrnehmung rechtsextremer Aktivitäten in der Stadt Siegen. Interessant ist für uns Ihre Einschätzung der Verbreitung antidemokratischer und rechts-extremer Einstellung in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld.

Im Folgenden werden wir Ihnen eine Reihe von Fragen stellen, die Sie in den dafür vorgesehenen Feldern in eigenen Worten beantworten können. Bei einigen Fragen können Sie zudem spontan auf einer Achse Ihre Einschätzung durch ein Kreuz abgeben. Wir haben Ihnen zur Erläuterung einiger von uns verwendeter Begriffe auch ein Glossar (S. 9–10) angehängt.

Bitte nehmen Sie sich Zeit, den Fragebogen in Ruhe zu beantworten. Sie werden hierfür etwa 30–40 Minuten Zeit brauchen. Senden Sie uns bitte den ausgefüllten Fragebogen bis zum 4. Oktober 2011 in beiliegendem Umschlag zurück.

Ihre Teilnahme an der Erhebung ist für den Lokalen Aktionsplan von zentraler Bedeutung! Wir werden Ihre Angaben streng vertraulich behandeln und sie nur anonymisiert verwenden. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Sie können uns erreichen über

[...]

1. Wie schätzen Sie die allgemeine Situation in der Stadt Siegen hinsichtlich des Rechts-
extremismus ein?

2.a Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach ausländerfeindliche Einstellungen in Ihrem
beruflichen und privaten Umfeld?

gar nicht |—————| sehr stark

2.b Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach antisemitische Einstellungen in Ihrem beruflichen und
privaten Umfeld?

gar nicht |—————| sehr stark

2.c Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach sozialdarwinistische Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?

gar nicht |-----| sehr stark

2.d Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach nationalistische Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?

gar nicht |-----| sehr stark

2.e Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach den Nationalsozialismus verharmlosende Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?

gar nicht |-----| sehr stark

2.f Wie verbreitet sind Ihrer Ansicht nach diktaturbefürwortende Einstellungen in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld?

gar nicht |-----| sehr stark

3. Wie schätzen Sie die Akzeptanz von Demokratie, wie sie in Deutschland praktiziert wird, in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld ein?

sehr stark |-----| sehr schwach

4. Bitte beschreiben Sie, welche Probleme Sie in der Stadt Siegen mit Rechtsextremismus wahrgenommen haben.

5. Sind Sie in Ihrem Berufsleben mit rechtsextremen Einstellungen konfrontiert?

Ja

Nein

Wenn ja, inwiefern?

6. Sind Sie in Ihrem Privatleben (z.B. Familie, Verein, Freizeit) mit rechtsextremen Einstellungen konfrontiert?

Ja

Nein

Wenn ja, inwiefern?

7. Sind Ihnen Aktivitäten (z.B. Demonstrationen, Parteitage, Anwerbung Jugendlicher) rechtsextremer Parteien in Siegen bekannt? (letzte 5 Jahre)

Ja

Nein

Wenn ja, welche?

8. Sind Ihnen Aktivitäten rechtsextremer Kameradschaften in Siegen bekannt?

Ja

Nein

Wenn ja, welche?

9. Sind Ihnen gewaltbereite Cliques mit rechtsextremem Auftreten in Siegen bekannt?

Ja

Nein

Wenn ja, welche?

10. Betreibt Ihre Institution Prävention gegen Rechtsextremismus?

Ja

Nein

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen? (Art und Zeitpunkt)

Wie wirkungsvoll ist/sind diese Maßnahme/n nach Ihrer Einschätzung?

gar nicht wirkungsvoll |-----| sehr wirkungsvoll

11. Gibt es bestehende Kooperationen zwischen Ihrer Institution und anderen Institutionen, die der Prävention gegen Rechtsextremismus dienen?

Ja Nein

Wenn ja, welches sind die Kooperationspartner?

Wie wirkungsvoll ist/sind diese Kooperation/en nach Ihrer Einschätzung?

gar nicht wirkungsvoll |-----| sehr wirkungsvoll

12. Wie bewerten Sie die Aktivitäten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bzw. für Toleranz und Demokratie in der Stadt Siegen?

13. Welche Erwartungen knüpfen Sie an einen Lokalen Aktionsplan in Siegen?

14. Bitte beschreiben Sie ein Einzelprojekt, das im Rahmen des Lokalen Aktionsplans durchgeführt werden könnte.

15. Haben Sie weitere Anregungen, Ergänzungen, Hinweise, Kritik?

Ich stehe für ein persönliches Interview zur Verfügung.

Ja

Nein

Vielen Dank, dass Sie an der Erhebung teilgenommen haben!

Glossar zum Experten-/Expertinneninterview

Lokaler Aktionsplan

„Lokale Aktionspläne sind konkrete, vor Ort ausgearbeitete und umgesetzte Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor allem unter den jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern stärken sollen. Hier arbeiten die Kommune und die lokalen Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft – von den Kirchen über Vereine und Verbände bis hin zu engagierten Bürgerinnen, Bürgern und Jugendlichen – eng zusammen. Sie entwickeln gemeinsam eine **Strategie gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort** und setzen sie dann zusammen im Lokalen Begleitausschuss in Aktionen und Projekte um. So verhindert dieses dichte Netzwerk der demokratischen Kräfte, dass sich gefährliches Gedankengut unter den Kindern und Jugendlichen in der Region ausbreiten kann. (...)

Eine im Bundesprogramm geförderte Stadt setzt zum Beispiel im Rahmen ihres Lokalen Aktionsplanes darauf, rechtsextremen Verführern nirgends das Feld zu überlassen. Sie ist überall dort mit **Aufklärungsaktionen vor Ort, wo Rechtsextreme gerne ihr Gedankengut verbreiten**: an Schulen, in Sportvereinen oder auf Volksfesten. Die lokalen Unternehmerinnen und Unternehmer werden über regelmäßige Treffen eingebunden.“

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4555/index_ger.html

Rechtsextremismus

„Unter Rechtsextremismus verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, außerdem den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsraison ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“

Hans-Gerd Jaschke (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden.

Rechtsextremismus wird in Handlungen (Gewalttaten, aber auch das Wählen rechtsextremer Parteien) und Einstellung unterteilt. Die rechtsextreme Einstellung wird nicht so leicht erkannt, wie rechtsextrem motivierte Gewalttaten.

Verbindendes Merkmal der Einstellung ist eine Ideologie der **Ungleichwertigkeit von Menschen**. Diese kann sich in verschiedenen Bereichen äußern. Im Folgenden finden Sie Beispiele für typische Äußerungen rechtsextremer Einstellung:

Ausländerfeindlichkeit: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder zurück in ihre Heimat schicken.“

Antisemitismus: „Die Juden arbeiten mehr als andere Leute mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“

Sozialdarwinismus: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“

Nationalismus: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“

Verharmlosung des Nationalsozialismus: „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“

Befürwortung einer Diktatur: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“

Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess & Elmar Brähler (2010): Die Mitte in der Krise. Berlin.